

Michael Hudson

Über Finanzen, Immobilien und die Macht des Neoliberalismus

Quelle: <https://michael-hudson.com/2023/05/neo-liberal-machine-corners-ukraine-eu/>

Neoliberale Maschinerie beherrscht Ukraine und EU

Von Michael Dienstag, 16. Mai 2023

Interviews Geopolitische Wirtschaftsstunde Permalink

"Der Neoliberalismus der Ukraine auf Steroiden, Europas wirtschaftlicher Selbstmord", Geopolitische Stunde 9, 15. Mai 2023.

<https://www.youtube.com/watch?v=6bF3QkHIB7I>

RADHIKA DESAI: Hallo und herzlich willkommen zur neunten Geopolitical Economy Hour, der vierzehntägigen Sendung über die politische und geopolitische Wirtschaft unserer Zeit. Ich bin Radhika Desai.

MICHAEL HUDSON: Und ich bin Michael Hudson.

RADHIKA DESAI: Und heute haben wir einen besonderen Gast, Professor Mick Dunford. Mick ist emeritierter Professor an der Universität Sussex und Gastwissenschaftler an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Seine Arbeit konzentriert sich auf die Entwicklung der Welt, insbesondere Eurasiens und Chinas.

Mick wird uns helfen, die politische und geopolitische Ökonomie des heutigen Ukraine-Konflikts zu erörtern. Der Konflikt zieht sich in die Länge. Die mit Spannung erwartete Frühjahrsoffensive hat begonnen und ist ins Stocken geraten.

Die westliche Propaganda beginnt, das, was, wie wir wissen, in vielen Fällen ein Blutbad für die Ukraine ist, als einen Triumph darzustellen. Präsident Zelenskij jettet durch die europäischen Hauptstädte und entlockt ihnen sehr unsichere Hilfsversprechen.

Die westlichen Mächte statten die Ukraine mit etwas aus, das jemand kürzlich als einen Zoo inkompatibler Waffen und Waffensysteme verschiedener Jahrgänge bezeichnet hat.

Die EU verhängt immer neue Sanktionen, während Präsident Biden weiterhin seine Unterstützung für die Ukraine verkündet, solange es dauert, ihre Grenzen von 1991 wiederzuerlangen, wozu natürlich auch die Krim gehört.

All dies ist also im Gange. Wir wissen, dass vieles an diesem Konflikt rätselhaft ist.

Und heute wollen wir uns mit den finanziellen Aspekten des Konflikts befassen. Kriege werden nicht nur mit Waffen, Strategien und Taktiken geführt. Armeen marschieren, wie man so schön sagt, auf ihren Bäuchen.

Worin besteht also die politische und geopolitische Ökonomie dieses Konflikts?

Während die Mainstream-Presse den Anschein erweckt, als sei der Westen ganz uneigennützig in den Konflikt involviert und setze sich für die westlichen Werte und die Demokratie ein, auch wenn er nebenbei eine immer faschistischere Regierung in Kiew unterstützt, konzentrieren sich einige kritische Quellen auf die Profite, die mit der Waffenproduktion gemacht werden.

Aber wir denken, dass wir im Laufe dieser Stunde zeigen können, dass die zugrunde liegende politische und geopolitische Wirtschaft viel komplexer ist.

Wir haben uns daher entschlossen, das Gespräch nach Ländern und Regionen zu gliedern.

Wir werden also zunächst die Punkte besprechen, die die Ukraine betreffen. Dann kommen wir zu Russland. Dann kommen wir zu Europa. Dann kommen wir zu den USA. Dann werden wir über China sprechen und dann über den Rest der Welt.

So ungefähr wollen wir es machen.

Beginnen wir also mit der Ukraine. Was ich an der ganzen wirtschaftlichen Situation in der Ukraine wirklich bemerkenswert finde, ist, dass man normalerweise, wenn sich ein Land im Krieg befindet, erwartet, dass das Land an einem Strang zieht und die Regierung eine Politik der Gleichberechtigung betreibt.

Sie wissen, dass während des Konflikts im Zweiten Weltkrieg in Großbritannien von fairen Anteilen und gleichen Opfern die Rede war.

In der Ukraine erleben wir jetzt das genaue Gegenteil. Was Sie in der Ukraine sehen, ist das, was wir als Neoliberalismus auf Steroiden bezeichnen könnten.

Die Zelenski-Regierung führt zwar einen Krieg, der ohnehin oft eine Art "Schaukrieg" ist, aber sie befindet sich angeblich im Krieg, sie kämpft gegen einen großen Feind.

In der Zwischenzeit führt die Regierung eine äußerst arbeitnehmerfeindliche Gesetzgebung ein. Sie hat die Opposition, die versucht, sich dem zu widersetzen, verbannt. Und sie privatisiert alle Arten von Staatsvermögen, um den Krieg zu finanzieren.

Man verkauft also im Grunde das Familiensilber, um eine laufende Ausgabe zu finanzieren.

Mehr noch, die Privatisierungen betreffen auch das sehr, sehr fruchtbare Land der Ukraine. Und es wird nicht an gewöhnliche Landwirte oder so privatisiert. Im Gegenteil, das Land wird an die große Agrarindustrie verkauft.

Jedes Mal, wenn man hört, wie dringend das ukrainische Getreide auf die Weltmärkte gebracht werden muss, werden nicht die Interessen der einfachen Landwirte, der ukrainischen Landwirte, geschützt. Im Gegenteil, die großen Agrarunternehmen müssen ihre Produkte auf den Markt bringen. Das ist es also, was hier vor sich geht.

Und auch in vielerlei anderer Hinsicht ist die Privatwirtschaft stark involviert. Jedes Mal, wenn ein Kredit an die Ukraine vergeben wird, sind private Unternehmen und große Finanzinstitute beteiligt. Und natürlich hat der IWF der Ukraine auf verschiedene Weise Geld zukommen lassen und so weiter.

Meinen Sie nicht, Michael, dass das für ein Land, das sich im Krieg befindet, eine ziemlich außergewöhnliche Situation ist?

MICHAEL HUDSON: Nun, das ist es sicherlich.

Und in der täglichen Pressediskussion geht es natürlich um das Militär, aber die militärische Diskussion darüber, ob es einen Gegenangriff der Ukraine geben wird, die militärische Situation ist, alles, worüber sie wirklich reden, ist, dass die Ukraine einen Sieg erringen muss, damit sie jetzt den Frieden mit den Russen aushandeln und genau die neoliberale Politik installieren kann, die Sie beschrieben haben. Das kann auf keinen Fall passieren.

Ich denke, wir sollten am Anfang sagen, was die andere Seite zu sagen hat. Und ich denke, der russische Außenminister Lawrow hat das am 4. Mai deutlich gemacht.

[Er sagte: "Jeder versteht die geopolitische Natur dessen, was passiert, und jeder versteht, dass es ohne die Lösung des geopolitischen Hauptproblems, nämlich des Wunsches des Westens, seine Hegemonie aufrechtzuerhalten und

allen und jedem seinen Willen zu diktieren, unmöglich ist, irgendwelche Krisen zu lösen, weder in der Ukraine noch in anderen Teilen der Welt."

Sie können also sehen, wie sich die USA darauf vorbereitet haben. Jeden Tag findet sich in der New York Times und der Washington Post eine Liste aller Kriegsverbrechen, die Russland in der Ukraine begangen haben soll, angefangen bei den vorgetäuschten Massakern, dem Bakhmut-Massaker und all den Angriffen.

So häufen die USA eine Rechnung an, die sich laut New York Times auf 2 Billionen Dollar beläuft, die die Ukraine an den Westen zahlen muss, um nach Beendigung der Kämpfe zahlungsfähig zu werden.

Und die USA sagen: - Nun, wir bereiten bereits einen Kriegsverbrecherprozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen Russland vor, um eine Liste von Schäden zu erstellen, die Russland angelastet werden sollen, damit die Ukraine mit der Zahlung beginnen kann.

Aber natürlich wird der Kriegsverbrecherprozess Jahre dauern. Und in der Zwischenzeit wird die Ukraine genau die von Ihnen erwähnten Vermögenswerte verkaufen müssen.

Sie wird ihre Landwirtschaft an Monsanto veräußern müssen. Sie wird ihre Gasrechte an Chevron veräußern. Die USA haben die Wall-Street-Firma BlackRock beauftragt, ein Repertorium aller ukrainischen Vermögenswerte zu erstellen und zu prüfen, wie sie an US-Käufer verkauft werden können.

Die Frage ist nur: Was wird passieren? Wird das wirklich verkauft werden?

Nun, wie kann es verkauft werden, wenn die Verkäufer eine Regierung sind, die durch einen Staatsstreich eingesetzt wurde, eine Regierung, die selbst zu einer terroristischen Regierung geworden ist, und das Geld, das für diese besonderen Privilegien eingenommen wird, den Kleptokraten und den Regierungsbeamten übergeben wird, damit sie es auf ihre eigenen Konten einzahlen können, und ein großer Teil davon wurde tatsächlich in Kampagnen für den US-Kongress, die US-Senatoren und US-Politiker umgewandelt.

Und das ist eine Art wirtschaftlicher Schlüsselaspekt, der nicht diskutiert wurde, abgesehen von Hunter Bidens Laptop, auf dem er versprach, Hunter Biden und den großen Mann, vermutlich den Vater, zu bezahlen, um als Lobbyisten für die Ukraine zu agieren.

Und wir wissen, dass ein Großteil des Geldes, das der Ukraine gespendet wurde, von der Ukraine an PR-Agenturen und Lobbyisten gezahlt wurde, um Senatoren und Abgeordnete zu bezahlen.

Aber wenn BlackRock für die Neoliberalisierung und Zerlegung der ukrainischen Wirtschaft verantwortlich ist, können die Senatoren und Kongressabgeordneten mit Wahlkampfspenden nicht nur aus der Ukraine rechnen, sondern auch von BlackRock, von Chevron und von allen anderen Unternehmen, die sich dort ein Vermögen kaufen können.

Was ist die Antwort darauf?

Ich denke, ich möchte darauf hinweisen, dass Russland offensichtlich sein eigenes Strafgericht braucht.

Es braucht ein Schattengericht, das sagt: - Ja, natürlich hat es einen Aggressor gegeben, der Wiedergutmachung leisten muss. Der Aggressor in diesem Fall sind die USA und die NATO. Uns wird Geld geschuldet. Wir sind nicht die Zahlungsempfänger.

- Und diese Vermögenswerte in der Ukraine, insbesondere im russischen Teil, der jetzt zu Russland gehört, sind nicht von der Ukraine zu verkaufen. Es sind russische Vermögenswerte. Und wir werden sie nicht an den Westen verkaufen, und wir werden kein neoliberales Programm installieren, das vom Westen vorgeschlagen wird.

Es wird also offensichtlich für einige Jahre ein Patt geben.

Dieses Patt wird über die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs durch die globale Mehrheit hinausgehen müssen, aber auch über eine ganze Reihe von Gegeninstitutionen, um z.B. dem IWF entgegenzuwirken, der der Ukraine Geld leiht, was gegen seine Statuten verstößt, der einem Land, das sich im Krieg befindet, Geld leiht, um eine Regierung zu unterstützen, die alles andere als demokratisch ist, um den Krieg zu führen.

Ich denke, wir werden hier noch ein wenig hin- und herreden müssen, bevor wir mit der Ukraine fertig sind, aber um darauf einzugehen: Die wirtschaftliche Lösung kann nur auf dem Schlachtfeld gefunden werden. Darin sind sich alle einig.

Die USA erwarten, dass die Ukraine auf dem Schlachtfeld genug gewinnt, damit sie sagen können, lasst uns aufhören und reden.

Und Russland hat sehr deutlich gemacht: Wir werden nicht aufhören und reden. Wir werden weiterhin unsere Forderungen zur nationalen Sicherheit in den Vordergrund stellen, und das ist etwas, das weder in diesem noch im nächsten oder übernächsten Jahr enden wird.

RADHIKA DESAI: Mick, bitte fahren Sie fort.

MICK DUNFORD: Okay. Ich möchte nur aufgreifen, was Michael über die Art und Weise gesagt hat, in der der Neoliberalismus als der Weg nach vorne von diesem Zeitpunkt an gesehen wird.

Und ich möchte das tun, indem ich über die Art und Weise spreche, wie der Neoliberalismus, die Art und Weise, wie ein bestimmter Weg zum Übergang, die Art und Weise, wie ein Land, in dem ethnische Nationalisten durch eine Reihe von aufeinanderfolgenden farbigen Revolutionen an die Macht kamen, die Grundlagen, viele der Grundlagen für die gegenwärtige Krise legte.

Ich möchte Paul bitten, eine Folie zu zeigen, wenn er kann.

Es ist sehr interessant, dass die ukrainischen ethnischen Nationalisten, vor denen Gorbatschow Bush gewarnt hatte, 1991 die Ansicht vertraten, dass die Ukraine sehr schnell ein zweites Frankreich werden würde.

Tatsächlich war es so, dass die Ukraine in gewissem Sinne einen Rückschritt machte. Zwischen 1989 und 1991 gab es in Europa eine Reihe von Umwälzungen, bei denen viele der kommunistischen Länder in Europa zusammenbrachen und den Übergang zum Kapitalismus vollzogen.

Und 1989 gab es in China den Versuch einer farbigen Revolution, die jedoch scheiterte.

Dieses Diagramm zeigt einfach das Wachstum des BIP in einer Reihe dieser Übergangsländer ab 1989. 1989 ist gleich 100.

Von den osteuropäischen Ländern hat Polen am besten abgeschnitten. Es erreichte im Jahr 2019 einen Index von 251,7. Aber Polen erhielt riesige Summen an Kohäsionsfondsunterstützung von der Europäischen Union.

Das zweitbeste dieser Länder war Weißrussland, das keinen neoliberalen Weg eingeschlagen hat.

Schaut man sich jedoch die Ukraine an, so stellt man fest, dass sie im Jahr 2019, unmittelbar vor den großen Auswirkungen des aktuellen Konflikts, aber natürlich auch aufgrund des 2014 begonnenen Konflikts, bei nur 56,8 % lag. 56 % des Wertes von 1989.

Das bedeutet einen katastrophalen wirtschaftlichen Zusammenbruch als Folge des in diesem Land eingeschlagenen Weges des Übergangs.

Wenn man sich China ansieht, nehme ich den chinesischen Index auf. Der chinesische Index, der 1989 bei 100 begann, lag 2019 bei 1.480.

Ich möchte, dass Sie über diese beiden Zahlen nachdenken. Sie können Polen, 251,7, die Ukraine, 56,8, China, 1.480 vergleichen.

In gewisser Weise hat dieser neoliberale Weg also zu einer wirtschaftlichen Katastrophe geführt.

Er führte auch zu einer demographischen Katastrophe, denn 1989, 1993 hatte das Land 51,3 Millionen Einwohner. Bis 2014 war die Zahl auf etwa 41 Millionen gesunken. Heute sind es wahrscheinlich etwa 31 Millionen.

Etwa 5,5 Millionen Flüchtlinge befinden sich in China, weitere 4,5 Millionen in der Europäischen Union.

Die Bevölkerung ist zusammengebrochen, weil die Zahl der Sterbefälle die der Geburten übersteigt. Es gibt also kaum Aussichten auf ein anhaltendes Bevölkerungswachstum in den kommenden Jahren.

In gewisser Weise wollte ich also nur die wirtschaftlichen und demografischen Aspekte einer Katastrophe dokumentieren, die zu dieser Tragödie geführt hat.

RADHIKA DESAI: Das ist wirklich sehr wichtig.

Was wir jetzt im Zusammenhang mit dem Krieg sehen, ist, dass diese Politik sogar noch verstärkt wird, auch dadurch, dass die Regierung Zelensky unter dem Vorwand des Krieges jegliche Opposition verboten hat, was bedeutet, dass die Opposition gegen diese Politik im Grunde genommen nicht geäußert werden kann.

Und natürlich zeigt auch das, was Sie über den demographischen Zusammenbruch sagen, sowohl vor als auch während des Krieges, mit so vielen Flüchtlingen in Russland und anderswo, die Ironie der Tatsache, dass jeder, der sagt, wir stehen für die Ukraine ein und wir werden die Ukraine verteidigen, eigentlich zur systematischen Zerstörung der Ukraine beiträgt.

Das ist eine der Ironien der gegenwärtigen Situation.

Ein weiterer Aspekt der politischen Ökonomie, der mir wirklich extrem, ich meine, skandalös heuchlerisch, schockierend heuchlerisch vorkommt, ist, dass all die Waffen, die vor allem von den Vereinigten Staaten, aber auch von anderen Ländern geschickt werden, immer so dargestellt werden, als würden wir der Ukraine Waffen geben.

Keine dieser Waffen werden geliefert. Die Vereinigten Staaten und andere Länder verkaufen diese Waffen. Und wenn die Ukraine nicht zahlen kann, was sie in der Tat nicht kann, werden sie die Rechnung bezahlen müssen.

Am Ende dieses Krieges wird jede überlebende Einheit, der man den Namen Ukraine anhängen kann, mit dieser Rechnung belastet werden.

Und ich glaube nicht, dass all das Geld, das sie von diesem oder jenem russischen Oligarchen konfiszieren werden, die Reserven der Zentralbank und so weiter, auch nur annähernd ausreichen werden, um diese Rechnung zu bezahlen.

Die Menschen, die in der Ukraine bleiben, werden also sehr hart arbeiten, um diese Schulden zu begleichen.

Und noch einmal, es ist eine Schuld, die für einen völlig unrechtmäßigen Zweck aufgenommen wurde.

Die Ukraine war nicht sehr wohlhabend, aber sie hätte das bisschen 56,8 % ihres Wohlstandes von 1989 behalten. Sie hätte ihn im Wesentlichen beibehalten und vielleicht sogar noch besser gemacht, wenn sie die Minsker Vereinbarungen unterzeichnet hätte.

Aber der Westen hat diese Situation im Wesentlichen dadurch geschaffen, dass er die Ukraine dazu angestachelt hat, die Minsker Abkommen nicht zu unterzeichnen.

Mehr noch, westliche Unternehmen, die Finanzbranche, die Agrarindustrie und alle anderen profitieren im Grunde bereits davon.

Sie profitierten, wie Sie sagten, schon vor dem Beginn dieses Konflikts, durch all die farbigen Revolutionen und die Umsetzung neoliberaler Politiken und so weiter, was sicherlich bis 2014 und auch viel früher zurückreicht.

Aber auch im Kontext des gegenwärtigen Krieges, während der Krieg andauert, während sich das Land im Krieg befindet, profitieren westliche Unternehmen, indem sie Produktionsmittel aufkaufen und im Wesentlichen die ukrainischen Arbeitskräfte ausbeuten, und zwar mit einer Arbeitsgesetzgebung, die völlig zu Gunsten der großen Unternehmen ausgelegt ist.

MICHAEL HUDSON: Nun, die Frage ist, was wird die Ukraine für all das sein?

Wenn man vom Neoliberalismus spricht, kann dieses neoliberale Programm auf keinen Fall auf Donezk, Luhansk oder Odessa angewendet werden, wenn es übernommen wird.

Wir sprechen also von einer Art Rohzustand der Ukraine, in dem es möglich ist, dass sogar Luhansk an Polen übergeben werden könnte. Es wird zerstückelt werden.

Das Argument wird also lauten: Wie wird die Ukraine diese Schulden bezahlen?

Und sicherlich können alle Vereinbarungen, die die stellvertretende Regierung getroffen hat, und alle Schulden, die sie gemacht hat, mit der Begründung, dass die Schulden untragbar sind, zurückgewiesen werden.

Wenn die Vereinigten Staaten eine Marionettenregierung, eine Klienteloligarchie, einsetzen, werden sie natürlich nicht die Frage der unwürdigen Schulden aufwerfen.

Wie Sie gerade sagten, ist das politische System so beschaffen, dass die Arbeiterschaft dort nicht vertreten ist.

Die Ukraine hat also die Hälfte ihrer Bevölkerung verloren, die jetzt im Ausland lebt, und es gibt für sie nichts, wohin sie zurückkehren könnte.

Und ein Großteil der Bevölkerung ist russischsprachig. Es wird also buchstäblich etwas entstehen, das kein richtiges Land ist.

Man kann es sich als eine wirtschaftliche Einheit vorstellen, die irgendwie die erwähnten Rohstoffe kontrolliert, das Land, das nicht durch Urangeschosse vergiftet und radioaktiv gemacht wird.

Sie sprechen von einer Art, nicht wirklich einem Land. Selbst die Definition, wie die neuen Gesetze aussehen sollen, wird erst nach einer Klärung der politischen Grenzen erfolgen, die ich in absehbarer Zeit nicht erwarte.

RADHIKA DESAI: Auf jeden Fall. Ich meine, im Grunde genommen sagen wir alle, dass der Krieg einfach die Gelegenheit für eine weitere Beschleunigung der neoliberalen Transformation der Ukraine war, das ist es, was der Westen bekommt.

In der Zwischenzeit werden ganz normale Ukrainer, von denen viele vielleicht sogar recht idealistisch sind, verpflichtet, für eine Sache zu kämpfen und zu sterben, die nicht einmal die Sache ihrer Befreiung ist, sondern die Sache der Zerstörung ihres Landes.

Ich meine, das ist die entsetzliche Situation in der Ukraine. Vielleicht können wir, wenn wir mit der Ukraine fertig sind, noch etwas über die Ukraine sagen, Mick, möchten Sie noch etwas hinzufügen?

MICK DUNFORD: Nein, das Einzige, was ich noch hinzufügen möchte, ist, dass in Mariupol bereits ein beträchtlicher Wiederaufbauprozess im Gange ist, bei dem den Menschen neue Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden.

Es wurden erhebliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur getätigt. Es wurde versucht, die Probleme der Wasserversorgung auf der Krim zu lösen.

Ich vermute also, dass in den Teilen der Ukraine, die Teil der Russischen Föderation geworden sind, sehr umfangreiche öffentliche Investitionen getätigt werden, um zu versuchen, die Infrastruktur wiederherzustellen, die öffentlichen Dienstleistungen wieder aufzubauen und vielleicht einige dieser wirtschaftlichen Aktivitäten wieder in Gang zu bringen, um den Menschen eine Existenzgrundlage zu bieten.

Aber das erfordert natürlich massive finanzielle Investitionen und eine sehr sorgfältige Planung.

RADHIKA DESAI: Absolut, und das ist eine gute Überleitung zu unserem nächsten Thema, nämlich Russland, und ich würde sagen, was können Sie ganz allgemein über die Lage in Russland sagen?

Nun, erinnern Sie sich daran, dass Präsident Biden zu Beginn des Konflikts behauptete, dass er solche Sanktionen verhängen würde, die, wie sagte er es? Dass wir den Rubel in Schutt und Asche legen würden und dass wir die russische Wirtschaft zurückwerfen würden, die russische Wirtschaft massiv zerstören würden.

Stattdessen haben wir gesehen, dass sich die russische Wirtschaft tatsächlich als sehr widerstandsfähig erwiesen hat. In vielerlei Hinsicht haben sich die Sanktionen als Bumerang erwiesen und den Verursachern der Sanktionen, sei es der Europäischen Union oder den USA selbst, insbesondere dem Dollarsystem usw., mehr geschadet als Russland.

Russland hat sich also als widerstandsfähig gegen Sanktionen erwiesen.

Und auch diese Geschichte geht auf das Jahr 2014 zurück, denn 2014 wurden, wie sich die Menschen vielleicht erinnern, die ersten Sanktionen gegen Russland verhängt.

Als Reaktion auf diese Sanktionen ergriff die russische Regierung eine Reihe von Initiativen, um ihre Wirtschaft im Wesentlichen vor Sanktionen zu schützen.

Eine der großen Erfolgsgeschichten dieses Sanktionsschutzes war der russische Agrarsektor, der sich tatsächlich als Erfolgsgeschichte erwiesen hat.

Russland ist heute ein wichtiger Exporteur, nicht nur von Getreide und Lebensmitteln, sondern auch von Düngemitteln, wie wir in einer früheren Phase des Konflikts gesehen haben, als es große Bedenken wegen der Unterbrechung der Düngemittellieferungen aus Russland gab.

Und Russland hat in den letzten Jahren bewiesen, dass es in der Lage ist, die Produktion aufrechtzuerhalten.

Ein weiterer Punkt, der mir auffällt, ist, dass im Westen mit all den Waffen, die an die Ukraine geliefert und verkauft wurden, die Vorräte aufgebraucht wurden, während Russland bewiesen hat, dass es in der Lage ist, weiterhin Waffen zu produzieren und im Wesentlichen Kriege in Russland zu gewinnen.

In diesem Sinne möchte ich als letzten Punkt anmerken, dass all dies in einem Kontext geschehen ist, in dem die Regierung zwar ihre staatlichen Interventionen verstärkt hat, um eine produktivere Wirtschaft zu schaffen und mehr zu einem Entwicklungsstaat zu werden, aber es gibt viele in Russland, die argumentieren, dass an dieser Front nicht genug getan wurde und mehr getan werden kann.

Die Politik der Zentralbank, der russischen Zentralbank, könnte anti-neoliberaler sein als sie es ist.

Die Regierung könnte auch die Wirtschaft im Wesentlichen auf Kriegsfuß mobilisieren.

Und tatsächlich hat der IWF für Russland einen Rückschlag von 12 bis 14 % vorausgesagt. Und am Ende, im Jahr 2022, wurde sie nur um 2 % zurückgeworfen.

Aber viele Leute würden argumentieren, Sergei Glazyev ist einer von ihnen, der sagt, wenn man die Wirtschaft mobilisieren würde, hätte man nicht nur einen Rückschlag von nur 2%, was sicherlich etwas zum Feiern ist, sondern tatsächlich einen russischen Wirtschaftsboom, was immer noch möglich sein könnte.

MICHAEL HUDSON: Nun, Russland möchte den militärischen Sieg in der Ukraine in eine insgesamt neue Wirtschaftsordnung umwandeln. Darüber haben sowohl Putin als auch Lawrow gesprochen.

Und sie haben auch darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche und politische Lösungen des Ukraine-Konflikts zusammengehören.

Russland wird also gleich zu Beginn die Ukraine und die Vereinigten Staaten auffordern, zuzugeben, dass das vorgetäuschte Massaker in Buka und andere Anschuldigungen von Kriegsverbrechen vorgetäuscht waren.

Und Russland wird, so hoffe ich, seine eigene Liste ukrainischer, amerikanischer und britischer Kriegsverbrechen gegen die Ukraine aufstellen, einschließlich des jetzt abgereicherten Urans, und seine eigene Rechnung für das geschuldete Geld vorlegen, die wahrscheinlich viel höher ausfallen wird.

Es wird ein ganzer Streit darüber entbrennen, wer den Krieg begonnen hat.

Hat der Krieg 2014 mit dem Staatsstreich begonnen?

Oder begann er mit dem Aufmarsch der ukrainischen [Streitkräfte] zum Angriff auf Luhansk und Donezk kurz vor Februar letzten Jahres?

Oder begann es einfach mit dem Einmarsch Russlands, wie es in jedem offiziellen amerikanischen Dokument heißt, unprovokiert?

Nun, der Kriegsverbrecherprozess wird von den Russen geführt werden, wahrscheinlich zusammen mit anderen Ländern des globalen Südens, der Weltmehrheit, China und anderen.

Und das Ziel wird sein, nicht nur die Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine, sondern auch die Beziehungen zwischen der NATO und China und den USA mit der globalen Mehrheit insgesamt neu zu gestalten.

Und Russland ist sich darüber im Klaren, dass ein wie auch immer geartetes Friedensabkommen nur auf dem Schlachtfeld ausgehandelt werden kann. Deshalb kann es sich Russland nicht leisten, den Krieg zu verlieren.

Und deshalb sagt Friedman in der New York Times: "Russland hat sich jetzt bis an die Spitze der NATO ausgebreitet. Es ist Russland, das sich auf die NATO ausdehnt, anstatt dass sich die NATO auf Russland ausdehnt.

Ich glaube also, dass Russland seine eigene Monroe-Doktrin herausbringen wird.

Sie wird besagen, dass man sich aus dem Schwarzen Meer und auch aus dem Nordpazifik heraushalten soll.

Es kann dies mit China koordinieren, indem es ausländische Schiffe aus der Meerenge von China fernhält. Der Krieg in der Ukraine wird ein ganzes Modell für das sein, was in Taiwan, in China und in der ganzen Welt passiert, weit über die Ukraine hinaus.

Und die Vereinigten Staaten haben im Wesentlichen die Besitztümer der russischen Oligarchen beschlagnahmt. Und wir haben über die Beschlagnahmung von Russlands Reserven gesprochen.

Und diese Besitztümer russischer Oligarchen wurden verwendet, um die privatisierten ukrainischen Unternehmen für amerikanische und ausländische Kreditnehmer zu kaufen.

Russland kann also wirtschaftlich reagieren, indem es alle ausländischen Bestände an russischen Aktien, die von US-Besitzern und NATO-Besitzern gehalten werden, annulliert.

Wir sagen: - Moment mal, ihr habt nicht nur die Ukraine bestohlen, sondern auch Russland. Lasst uns eine globale Regelung für all das finden.

- Was ihr der Ukraine angetan habt, habt ihr zuerst Russland angetan. Wir werden alle Aktien und Anleihen, die den USA und der NATO gehören, annullieren. Wir machen sie einfach ungültig, um den Ausverkauf der russischen Industrie rückgängig zu machen.

Und das könnte ein Modell dafür sein, dasselbe mit der Ukraine zu tun, wenn es um die Berechnung der Schäden und Reparationen geht, die Amerika, Großbritannien und Deutschland der Ukraine schulden.

RADHIKA DESAI: Mick, bitte fahren Sie fort.

MICK DUNFORD: Ja, ich meine, Michael hat von einer neuen Wirtschaftsordnung gesprochen.

Ich denke, es ist recht interessant zu fragen, warum Russland in den 1990er Jahren Vorschläge für eine wirtschaftliche Integration Eurasiens von Lissabon bis Wladiwostok unterbreitete, als es von unteilbarer Sicherheit sprach, als es erwartete, dass die mündlichen und schriftlichen Zusagen gegenüber Gorbatschow bezüglich der Nichterweiterung der NATO eingehalten würden, und wir jetzt von Jeffrey Sachs erfahren, dass die NATO 1991, 1992 damit begann, die Einbeziehung sogar der Ukraine zu planen, was erstaunlich ist.

Aber in gewisser Weise wurden diese konstruktiven Vorschläge von den Vereinigten Staaten und auch von der Europäischen Union abgelehnt. Eine wichtige Frage, die man sich stellen muss, ist die nach dem Warum.

Ich meine, es gibt natürlich viele Gründe und komplizierte Erklärungen, aber was dieser Konflikt eindeutig bewirkt hat, ist, dass er die Gürtel- und Straßeninitiative gestört hat, dass er Russland und Deutschland gespalten hat.

Vermutlich soll er das Entstehen einer bedeutenden eurasischen Landmacht verhindern, die den USA die Führung streitig machen könnte.

Was die EU betrifft, so ist sie nur an einer wirtschaftlichen Integration zu ihren Bedingungen interessiert, was bedeutet, dass sie sagt, sie respektiere ihre Werte, aber was sie mit ihren Werten meint, ist eine politische Ordnung, in der es leicht ist, sich von außen einzumischen, und eine Wirtschaftsordnung, in der alle Ressourcen im Wesentlichen für jedermann zum Verkauf zur Verfügung stehen, was dazu führt, dass den weniger entwickelten Teilen der Welt die Möglichkeit verwehrt wird, sich auf eine Art Aufholentwicklung einzulassen.

Ich denke, daß Rußland im Lichte dieser bitteren Erfahrung eine neue Außenpolitik formuliert hat, und diese neue Außenpolitik ist äußerst interessant, denn sie beinhaltet einerseits eine Neuorientierung Rußlands nach

Osten, die Herstellung engerer Beziehungen zu Ostasien, zu Südostasien, zu Indien.

Aber es geht auch um die Neudefinition Russlands als "Zivilisationsstaat".

Ich meine, lange Zeit, seit Peter dem Großen, hat sich Russland in gewissem Sinne am Westen orientiert, und ich denke, die Verfehlungen des Westens haben das Land davon überzeugt, dass es einen anderen Weg nach vorn geben muss.

Und in gewissem Sinne ist dieser Begriff des Zivilisationsstaates ein Begriff, der auch in Bezug auf China verwendet wird, man könnte ihn auch in Bezug auf Indien und die Länder der islamischen Welt verwenden.

Und das Interessante daran ist, dass Ostasien bis 1894 300 Jahre lang in Frieden lebte.

Wenn man nur China betrachtet, herrschte dort 500 Jahre lang Frieden. Diese Länder haben sich nicht an Formen der externen Expansion und des Kolonialismus beteiligt.

In gewisser Weise gibt es also einen tiefgreifenden Unterschied zwischen der Zivilisation oder den Werten dieser ostasiatischen Zivilisationen und der westlichen Zivilisation, in der Kapitalismus, Imperialismus und Kolonialismus entstanden sind.

Und in gewissem Sinne ist dies mit einer radikal anderen Vorstellung von der internationalen Ordnung verbunden, zu der Russland meiner Meinung nach in seiner engen Beziehung zu China und insbesondere in der Art und Weise, wie es seine neue Außenpolitik definiert hat, gekommen ist.

Und das ist in gewisser Weise eine Hoffnung, dass wir alle in den kommenden Jahren in einer friedlicheren Welt leben werden, in der wir nicht ständig mit einer Reihe von Kriegen konfrontiert sind, wie es in den letzten 500 Jahren, seit dem Aufstieg des westlichen Kolonialismus und Imperialismus, der Fall war.

RADHIKA DESAI: Nein, das ist genau das richtige Wort. Das Wort, mit dem Sie geendet haben, ist genau das, worüber ich sprechen wollte, denn es geht um Imperialismus.

Sie sagten, Jeffrey Sachs habe festgestellt, dass die Amerikaner bereits 1990, 1991 planten, die Ukraine in die NATO zu integrieren usw.

Der Grund dafür ist, dass das, was die Welt beherrscht, was die Beziehungen zwischen den verschiedenen Teilen der Welt in den letzten paar hundert Jahren bestimmt hat, im Wesentlichen der westliche Imperialismus war.

Warum haben wir den westlichen Imperialismus? Wegen des westlichen Kapitalismus.

Was ist der Zweck des westlichen Imperialismus?

Die ständige Öffnung von immer mehr Teilen der Welt, damit westliche Konzerne mit Sitz im Westen Zugang zu Märkten, Investitions- und Gewinnmöglichkeiten sowie zu billigen Arbeitskräften und Materialien haben.

Russland wurde immer als große Beute für den Westen betrachtet.

Im Wesentlichen haben die anglo-amerikanischen Interessen, sozusagen die sogenannten liberalen und die aggressivsten imperialistischen Interessen des Westens, Russland immer als etwas betrachtet, das zu groß ist und deshalb zerschlagen werden sollte.

Und auch das ist wichtig.

Es ist auch wichtig, darüber zu sprechen, weil der westliche Imperialismus oft ignoriert wird, während das russische Imperium oder das chinesische Imperium, und uns wird immer gesagt, dass diese Länder imperialistisch sind.

Aber wie Sie richtig sagten, haben diese Zivilisationen jahrhundertlang friedlich gelebt, und sie sind es gewohnt, friedlich zu leben.

Was Sie dagegen mit dem Beginn des westlichen Kapitalismus erlebt haben, ist nichts anderes als endloser Krieg. Und der Zweck dieser Kriege ist genau das.

Ich denke also, und ich möchte auch eines anmerken, ich meine, ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass Russland natürlich seit Peter dem Großen und Katharina der Großen nach dem Westen geschaut hat.

Aber der Zweck des Blicks in den Westen war nicht, sich selbst nach dem Westen zu modellieren, sondern im Wesentlichen eine Partnerschaft mit dem Westen einzugehen, um russischen Wohlstand zu schaffen.

Da der Westen aber imperialistisch ist, war genau dieser Wohlstand in enger Beziehung zum Westen nicht möglich.

Deshalb war der Höhepunkt der russischen produktiven Leistung unter der Sowjetunion, als sie noch nicht mit dem Westen verbunden war.

In diesem Sinne würde ich sagen, daß Rußland jetzt erkannt hat, und das wurde bei meinem letzten Besuch in Rußland sehr deutlich, zwei kurze Erinnerungen.

Erstens nahmen wir an einer großen Wirtschaftskonferenz teil, und noch vor zwei oder drei Jahren wäre diese Konferenz von neoliberalen Intellektuellen dominiert worden.

Dieses Mal war die überwältigende Mehrheit der Redner entschieden anti-neoliberal.

Es gab ein paar Neoliberale, aber das waren nur ein oder zwei in einem Meer von allgemeinem Konsens über die Schaffung eines Entwicklungsstaates in Russland, engere Beziehungen zu China und die Abkehr vom Westen.

Das ist also der erste Punkt.

Nummer zwei, eine weitere Konferenz, an der ich teilnahm, wurde vom Vorsitzenden eröffnet.

Auch diese fand in der Heimat des Neoliberalismus in Russland statt, nämlich an der Higher School of Economics, die nach 1991 gegründet wurde, um eine Art Bienenstock für neoliberales Denken zu sein.

Hier begann die Sitzung, indem der Vorsitzende, im Wesentlichen der erste Redner, im Wesentlichen sagte, dass Russland sich nicht mehr an den Westen wenden wird, wenn dieser Krieg zu Ende ist.

Dieses Kapitel ist abgeschlossen. Russland wendet sich dem Osten zu.

Und die Sitzung endete damit, dass der Vorsitzende sagte, Tatsache sei, dass Russland sich nicht dem Westen annähern wolle. Der Westen ist langweilig. Der Osten ist der Ort, an dem sich alles abspielt.

In diesem Sinne ist der Washingtoner Konsens nun allgemein abgelehnt worden, und die seit langem bestehende Frage, ob Russland europäisch oder eurasisch ist, ist endgültig geklärt.

In diesem Sinne würde ich sagen, dass es viele Trends gibt, die sich im Wesentlichen in eine anti-neoliberale Richtung bewegen.

Es gibt Raum für mehr, und ich denke, dass Russland als eine viel produktivere Gesellschaft aus dieser Entwicklung hervorgehen kann, vorausgesetzt, es gelingt ihm, nicht nur Widerstandskraft gegen Sanktionen aufzubauen, sondern tatsächlich zu lernen, wie eine gemischte Gesellschaft funktioniert.

Die Grafik zeigt, dass China sein BIP seit 1989 im Wesentlichen um das fast 15-fache gesteigert hat. Andere Länder wie Russland können das auch schaffen. Russland hat ein großes Potenzial, aber es braucht die richtige Politik.

Und ich denke, dass die derzeitige Situation Russland in diese Richtung drängt. Und natürlich entsteht dadurch, wie Sie beide hervorgehoben haben, eine, wie wir es manchmal nennen, multipolare Welt.

Sie spaltet die Welt weg vom Westen und schafft neue Beziehungen zwischen den Ländern, insbesondere die Nähe zwischen Russland und China ist hier sehr wichtig.

MICHAEL HUDSON: Nun, die ukrainische und russische Situation hat in vielerlei Hinsicht den gesamten traditionellen Antrieb des Imperialismus auf den Kopf gestellt.

Sie und ich haben jahrzehntelang darüber gesprochen, dass Imperialismus wirtschaftlich ist.

Und selbst als Karl Marx über die britische Expansion nach Indien sprach, hielt er eine Rede vor den Chartisten, in der er sagte: - Nun, zumindest wird der englische Imperialismus die Rückständigkeit Indiens und anderer Länder überwinden. Und er wird den Kapitalismus einführen. Und das wird der erste Schritt zum Sozialismus in diesen Ländern sein.

Das ist nicht das, was in der Ukraine oder bei der neoliberalen Zerschlagung Russlands geschieht.

Wenn man sich die Ukraine und Russland in den letzten 30 Jahren ansieht, kann man sagen, dass die gesamte geopolitische Theorie der wirtschaftlichen Priorität, die Idee, dass die Wirtschaft die Politik bestimmt, heute nicht mehr zuzutreffen scheint.

Weder die Industrie noch die Arbeitnehmer profitieren davon.

Sie sehen, dass Deutschland bereits zugestimmt hat, die hohen Gas- und Ölpreise zu subventionieren, um den Kauf seines Flüssiggases aus den Vereinigten Staaten zu unterstützen. Der Preis ist sechsmal so hoch wie der, den Russland verlangt. Das ist nicht wirtschaftlich.

Die deutsche Industrie ist nicht in der Lage, die Demontage der deutschen Industrie durch den Abbau des Energie- und Lebensmittelhandels mit Russland aufzuhalten, der der deutschen Industrie ihren Wettbewerbsvorteil verschaffte. Das ist jetzt weg. Und das ist unumkehrbar.

Nicht wegen irgendetwas, was Präsident Putin sagt, wir wenden uns dem Osten zu. Aber weil die USA verlangen, Europa in Klientel-Oligarchien zu verwandeln, haben sie es unumkehrbar gemacht.

Wenn die deutsche Regierung die Industrie unterstützt, indem sie sagt: Okay, wir werden der Industrie Geld geben, damit sie bei den Materialien, die wir

früher aus Russland importiert haben, vollständig von den Vereinigten Staaten abhängig ist, dann müssen wir angesichts der Tatsache, dass wir unseren Haushalt gemäß den EU-Vorschriften ausgleichen müssen, die Sozialausgaben kürzen.

- Vor allem jetzt, wo wir unsere Rüstungsausgaben enorm erhöhen müssen, um all die alten, veralteten Waffen, die wir in die Ukraine geliefert haben, durch brandneue US-Waffen zu ersetzen, gibt es wirklich keine Möglichkeit für ein sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm in Deutschland.

Nun, es ist schwer zu sagen, wie wirtschaftliches Eigeninteresse diese Umkehrung, diese Umkehrung der europäischen Politik rechtfertigt, denn sie hat zur Zerstörung der deutschen Industrie durch Amerika geführt. Und nicht nur das, sondern durch die Zerstörung der deutschen Industrie haben Sie auch die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zerstört.

Werden wir erleben, dass deutsche Arbeitskräfte auswandern, so wie es in den baltischen Staaten geschehen ist, mit einem Bevölkerungsverlust von 20 Prozent in Lettland, Estland und Litauen?

Aber es gibt noch eine andere Sache, die Europa dadurch verloren hat. Und wenn sich Russland und China von Europa abwenden, dann nicht von dem Europa, das sozialdemokratisch war, von dem Europa, das in der Vergangenheit tatsächlich Ideale vertrat, sondern von der Tatsache, dass Europa nicht mehr sozialdemokratisch ist.

Es hat seine frühere sozialistische Arbeitspolitik verloren. Die Linkspartei in Deutschland ist wegen des Ukraine-Krieges zerbrochen, und die politische Einmischung der Vereinigten Staaten hat die sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Europas in neoliberale Stellvertreter verwandelt, in den Tony-Blairismus der deutschen Politik und der französischen Politik und in ganz Europa.

Das Ergebnis ist nicht nur eine politische Oligarchie als Klientel, sondern auch eine politische Arbeiterschaft als Klientel. Es gibt keine Arbeiterbewegung in Europa, die sich dem, was hier passiert, entgegenstellt.

Was wäre, wenn die Wirtschaft die europäische Politik bestimmen würde? Nun, nach 1991 hoffte Europa, zumindest die wirtschaftliche Vorherrschaft über Mitteleuropa, Russland und, wie Sie sagten, die Ukraine zu erlangen. Aber jetzt verliert es Eurasien.

Annalena Baerbock sagt, dass jede Art von Handel ein Risiko darstellt. Und wenn man mit Russland oder China Handel treibe, dann gehe man das Risiko ein, dass sie mit Europa das machen können, was Amerika mit dem Rest der Welt macht.

Sie können Sie mit Sanktionen abschneiden und Ihre Wirtschaft stören, indem sie sich weigern, in Ihr Land zu exportieren. Und Europa kann nur sicher sein, wenn es nichts exportiert oder importiert, was es aus China oder Russland oder dem Rest der globalen Mehrheit braucht.

Nur auf die Vereinigten Staaten kann man sich verlassen, wenn es darum geht, Europa bei seiner Entwicklung zu helfen, so wie sie Deutschland bei seiner Entwicklung geholfen haben, indem sie die Nord-Stream-Pipelines gesprengt und seinen Energiehandel umstrukturiert haben.

Das ist also die Verrücktheit dessen, was die deutsche Außenministerin selbst sagt.

Ich weiß nicht, wie man jemals sagen kann, dass dies eine wirtschaftliche Erklärung der Dinge ist. Tatsache ist, dass es sich um ethnischen und rassistischen Hass auf Russland handelt. Das ist Nazismus. Es ist nicht die Sozialdemokratie.

Europa hat sich den Nationalsozialismus zu eigen gemacht, und ich denke, das wurde am Wochenende am besten durch das Treffen der Zelenskys mit dem Papst symbolisiert, der zwei Nazi-Symbole auf seinem Hemd trug, nur um klarzustellen: Hey, vielleicht können wir den päpstlichen Nazi-Pakt der 30er Jahre und die rote Linie und alles wiederherstellen.

Europa hat also seine profitable Investitionszukunft mit Russland verloren, und jetzt anscheinend auch mit China, und es hat sich vollständig an die Vereinigten Staaten gebunden.

Wie lässt sich das wirtschaftlich erklären, wenn man von Eigeninteresse spricht? Das kann man nicht.

RADHIKA DESAI: Mick, wir reden immer noch über Russland, oder?

MICHAEL HUDSON: Nun, es geht auch um Europa.

MICK DUNFORD: Ich habe angefangen, über Europa zu sprechen. Können Sie die zweite Folie zeigen? Ich werde eine Bemerkung machen.

Michael sprach gerade über die Art und Weise, wie einige der Entscheidungen, die außergewöhnlichen Entscheidungen der politischen Führer der europäischen Länder, und die Art und Weise, wie das völlige Fehlen jeglicher strategischer Autonomie in Europa zu Handlungen geführt hat, die eine schlechte Situation verschlimmern.

Sie verschlimmern eine schlechte Situation in dem Sinne, dass sie die Beziehungen zu Russland gestört haben, insbesondere die Beziehungen im Energie- und Lebensmittelbereich, und dass das De-Risking ernste Risiken

erzeugt, da Europa sehr, sehr abhängig von einer ganzen Reihe von Zwischenprodukten ist, die in China produziert und von China an die europäische Industrie geliefert werden.

Die europäischen Industrien, und in der Tat alle G7-Industrien, stehen in jedem Fall vor ernsthaften Herausforderungen, die bis zu einem gewissen Grad mit der Tatsache zusammenhängen, dass nach der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren der Neoliberalismus in gewisser Weise als Lösung angenommen wurde.

Er wurde als Lösung in dem Sinne angenommen, dass durch die Verlagerung der Industrie die Rentabilität der Unternehmen, die ihre Produktion ins Ausland verlagert haben, tatsächlich gestiegen ist.

Aber wenn man sich das Produktivitätswachstum der G7-Länder anschaut, also das durchschnittliche Produktivitätswachstum, die Arbeitsproduktivität, die Stundenproduktivität, dann sieht man, dass es im Grunde genommen ständig zurückgegangen ist.

Die Wirtschaftsleistung der G7-Länder, zu denen eine Reihe wichtiger europäischer Länder und natürlich die Vereinigten Staaten, Kanada usw. gehören, ist also in gewisser Weise immer weiter zurückgegangen.

Und sie ist zurückgegangen, weil die produktiven Investitionen zurückgegangen sind, was zum Teil auf Rentabilitätsabwägungen und die relative Rentabilität von Investitionen in Finanzaktivitäten und eine ganze Reihe von spekulativen Aktivitäten im Zusammenhang mit Immobilien und Aktienmärkten usw. zurückzuführen ist.

Die erste Herausforderung, vor der Europa steht, ist also in gewisser Weise die Überwindung dieses relativen Produktivitätsrückgangs.

Aber indem es versucht hat, dieser Herausforderung zu begegnen, indem es so gehandelt hat, wie es in den letzten Jahren gehandelt hat, und in gewisser Weise zu einem Teil der Welt geworden ist, der fast vollständig von den Vereinigten Staaten und ihren Interessen dominiert wird, hat Europa sich selbst erheblichen Schaden zugefügt.

Was Europa betrifft, so ist auch bemerkenswert, dass die ehemaligen Kolonialmächte aufgrund der sich verändernden Weltordnung immer weniger Ressourcen zur Verfügung haben.

In dieser Situation versuchen die Vereinigten Staaten, einen viel größeren Anteil dieser Ressourcen für sich zu beanspruchen, indem sie Europa beispielsweise dazu zwingen, teure US-Energie anstelle russischer Energie zu kaufen, und zwar durch neue Maßnahmen, die vielleicht die Verlagerung europäischer Industrien in die Vereinigten Staaten fördern sollen.

In gewisser Weise handelt es sich also um eine Art zwischenimperialer Rivalität zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, wobei die Vereinigten Staaten ihre dominante Position ausnutzen, um sich einen größeren Anteil an Ressourcen zu sichern.

RADHIKA DESAI: Auf jeden Fall, Mick.

Sie verwenden den Begriff "zwischenimperiale Rivalität", aber ich würde sagen, dass die Vereinigten Staaten im Wesentlichen schon seit dem 19. und sicherlich auch im 20. Jahrhundert den europäischen Imperialismus eindämmen oder zurückdrängen wollten, um sich die Weltwirtschaft zu erschließen.

Das war schon immer ihr Ziel. Sie versuchen dies auch weiterhin, obwohl sie natürlich weiter von der Verwirklichung entfernt sind als je zuvor. Der Rest der Weltwirtschaft wendet sich von ihr ab.

Wir sind jetzt im Grunde genommen bei der Diskussion über Europa angelangt. Dazu möchte ich ein paar Dinge sagen.

Aber ich möchte noch eine letzte Bemerkung zu Russland machen, bevor wir dieses Thema ganz verlassen.

Und zwar, dass das, was jetzt passiert, im Grunde genommen durch das erklärt werden kann, was im postkommunistischen Russland passiert ist.

Im Wesentlichen wurde Russland in den 1990er Jahren durch die Schocktherapie in ein wirtschaftliches Chaos und einen wirtschaftlichen Rückschritt gestürzt. Und in den 2000er Jahren, unter Putins Führung, gelang es Putin, Russland in erheblichem Maße zu stabilisieren.

Aber schon damals war klar, dass, wenn es nach dem Westen ginge, genau das mit Russland passieren würde, was in den 1990er Jahren mit Russland passiert ist.

Und im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte hat die Regierung Putin versucht, dem Westen zu sagen: Seht her, wir würden gerne gute Beziehungen zu euch haben, aber nicht zu diesen Bedingungen. Ihr müsst unsere eigenen Interessen akzeptieren, natürlich wirtschaftliche Interessen, Sicherheitsinteressen und so weiter.

Und diese Möglichkeit, im Wesentlichen zu versuchen, ein ausgewogeneres Verhältnis zum Westen zu haben, ist zerstört worden. Der Westen hat sie im Grunde abgelehnt. Er hat die NATO weiter ausgebaut.

Nun also diese entscheidende Neuorientierung Russlands, die Erkenntnis, dass der Westen Russland nichts mehr zu bieten hat, was wertvoll ist. Das ist, wissen Sie, das hat diese Geschichte.

Was Europa betrifft, so lautet für mich die Schlagzeile in Bezug auf die Diskussion über die Geschehnisse in Europa: Sind die verrückt?

Warum betreiben sie eine derart selbstmörderische Politik, bei der ihre industrielle Basis zerstört wird, wie Sie, Michael, bereits erwähnten.

Und auch die industrielle Basis wird mit der Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline, dem Abschneiden der sinnvollsten Energiequelle für Europa, nämlich der Energie aus Russland, jetzt ganz aktiv zerstört.

Außerdem wird Europa von Energie aus den Vereinigten Staaten abhängig gemacht, die nicht nur teurer ist, was zu wirtschaftlichen Problemen führt, sondern Europa auch von seinen Klimazielen zurückwirft, weil importiertes LNG, LNG, das aus den Vereinigten Staaten nach Europa verschifft wird, einen acht- bis zehnmals höheren Kohlenstoff-Fußabdruck hat als Erdgas, das per Pipeline aus Russland geliefert wird.

In all diesen Punkten scheinen die Europäer also auf ein Maß an Selbstzerstörung bedacht zu sein, das ich erstaunlich finde. Und ich verstehe immer noch nicht ganz, was sie dazu bewegt.

Aber zwei Dinge kann ich mit Sicherheit sagen. Erstens, es gibt eine beträchtliche öffentliche Unzufriedenheit.

Und zweitens gibt es vermutlich auch ein gewisses Maß an Unzufriedenheit in den Eliten, weil auch die Interessen der Industriellen zerstört werden.

Was also in Europa geschehen wird, ist eine offene Frage.

Sicherlich können wir sehen, dass die Europäer den Vereinigten Staaten bei der Verhängung von Sanktionen usw. gefolgt sind, oder zumindest den Anschein erweckt haben, dass sie ihnen folgen.

Aber wenn man sich die Sanktionen genau anschaut, sind sie auch darauf ausgerichtet, die Auswirkungen auf Europa zu minimieren.

Und Tatsache ist, dass die Abhängigkeit Europas von russischer Energie vielleicht abgenommen hat, dass aber immer noch russische Energie nach Europa gepumpt wird, selbst während wir hier sprechen.

Aber wenn es darum geht, diese Feindseligkeit, die jetzt von Europa auf Russland gerichtet wird, auszuweiten, können wir sehen, dass die Europäer sicherlich zögern und das in Betracht ziehen. Es gibt also diese Dimension.

Wir werden abwarten müssen, wie lange diese Einigkeit, die der Westen proklamiert hat, die Einigkeit, die sie im Konflikt um die Ukraine gefunden haben, andauern wird und wie lange es dauern wird, bis der wirtschaftliche Schaden, der Europa zugefügt wird, eine Art Gegenbewegung auslöst.

MICHAEL HUDSON: Nun, Radhika, Sie haben die Frage gestellt, ob sie verrückt sind?

Nun, in gewisser Weise ja, sie sind es in dem Sinne, dass wir beide zu den Treffen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin gegangen sind, und ich habe viel Zeit in Ostdeutschland verbracht.

Sie waren durch die sowjetische Besatzung traumatisiert, so traumatisiert, dass sie fast eine unreflektierte Opposition gegen alles sind, was Russland tut.

Und es ist dieses antirussische Gefühl, das Amerika zu schüren und zu fördern vermochte, das die Deutschen dazu gebracht hat, zu sagen: Ja, wir sind bereit, unsere Industrie zu opfern. Wir haben gesehen, was unter Russland passiert ist. Wenden wir uns nun den Vereinigten Staaten zu.

Sie haben nicht erkannt, dass das, was die Vereinigten Staaten tun, genauso schlimm sein wird wie das, was in Ostdeutschland passiert ist. Sie haben die Telefone von Angela Merkel abgehört. Es wird immer noch abgehört.

Meine Hauptquelle für Informationen über Russland ist Johnsons Russland-Liste.

Johnson ist vor zwei Wochen nach Frankreich und Deutschland gereist, um Urlaub zu machen, und sagte, er sei überrascht gewesen, dass man im Internet keinen Zugang zu RT oder russischen Nachrichten hat. Alles ist blockiert. Es gibt eine totale Gedankenkontrolle in Europa.

Das ist wiederum eine totale Umkehrung von allem, was eigentlich demokratisch sein sollte. Und das wird auf den wirklich verrückten Punkt getrieben, wenn Baerbock sagt: - Alles, was wir aus Russland oder China importieren, kann potenziell für das Militär verwendet werden.

- Wenn Sie russische Lebensmittel importieren, könnten diese zur Versorgung russischer Soldaten verwendet werden, die in der Ukraine kämpfen. Diese Lebensmittel sind also militärisch. Darauf können wir uns für Zwecke der nationalen Sicherheit nicht verlassen.

- Wir müssen es den Niederländern gleichtun und den Export von Ultraviolett-Scannern für Informationstechnologie-Chips nicht zulassen. Wir müssen wirklich den gesamten Handel unterbinden.

Wie Sie wissen, wird ein scharfer Einschnitt in den Handel mit Russland, China und Eurasien zu einer lang anhaltenden Depression führen, wenn bereits so viel mit diesen Ländern gehandelt wird.

Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass eine europäische Depression zu einer linken Lösung führen wird.

Wenn es nach den USA geht, wird sie zu einer Lösung nach Art der Nazis von 1930 führen, so wie es die Vereinigten Staaten in der Ukraine und in den anderen Ländern, die sie übernommen haben, gefördert haben.

So könnte Europa am Ende wie eine lateinamerikanische Diktatur aussehen, wie Chile unter Pinochet.

MICK DUNFORD: Man muss auch erkennen, dass die Struktur der europäischen Volkswirtschaften in mancher Hinsicht Parallelen zur Struktur der nordamerikanischen Volkswirtschaften aufweist.

Es gibt Volkswirtschaften mit einem sehr hohen Bruttoinlandsprodukt (BIP), aber ihr BIP überschätzt in vielerlei Hinsicht ihren realen Wohlstand, zum Teil deshalb, weil das BIP alle Arten von Anrechnungen enthält.

Es umfasst eine ganze Reihe von immateriellen Dienstleistungen, die sich im Wesentlichen aus immateriellen Vermögenswerten ergeben, die mit Urheberrechten, Patenten, Marken, geistigen Eigentumsrechten und der Kontrolle von Lieferketten verbunden sind.

Ein erheblicher Teil des europäischen Wohlstands stammt also gewissermaßen auch aus diesen Quellen.

Die Kontrolle über geistiges Eigentum ist beispielsweise mit überhöhten Aufschlägen und hohen Dienstleistungsgebühren verbunden.

Sie verhindert die Verbreitung von Technologien, von Produkten, die einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der ganzen Welt leisten könnten, weil sie so teuer bleiben.

Wir wissen, dass die rasche Verbreitung, Übernahme und Wiederholung von Investitionen in gewisser Weise die Triebfeder der Entwicklung ist. Aber dieses System verhindert das.

Aber dieses System ist eines, das den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern große Gewinne beschert, und mit diesen Gewinnen sind viele Interessen verbunden, die nichts mit der verarbeitenden Industrie zu tun haben und die vielleicht bereit sind, sie und die Menschen, die in ihr arbeiten, zu opfern, um eine andere Art von Zukunft zu erhalten.

Für mich ist diese Welt außerhalb einer kolonialen und imperialen Weltordnung kaum lebensfähig.

Und in diesem Sinne stimme ich absolut mit dem überein, was Sie über die Naivität und die offensichtliche Dummheit, die grobe Dummheit vieler Führer der europäischen Länder sagen.

RADHIKA DESAI: Nein, genau. Und Sie sprechen einen sehr wichtigen Punkt an, Mick.

Das BIP vieler westlicher Länder, insbesondere der Vereinigten Staaten, ist aus den von Ihnen genannten Gründen stark übertrieben. Und auch, weil der Finanzsektor einen so großen Teil davon ausmacht.

Und was ist eigentlich das Finanzwesen? Das Finanzwesen ist eigentlich keine Produktion. Das Finanzwesen beinhaltet nur den Transfer von Reichtum von einigen zu anderen.

In gewissem Sinne wird also genau das, was der US-Wirtschaft schadet, was Ungleichheit schafft, als wirtschaftlicher Reichtum gezählt.

Und natürlich kommt die Erzielung von Finanzgewinnen nur einer kleinen Anzahl von Menschen zugute, die die Arbeit anderer Menschen für so gut wie nichts nutzen. Ich meine, das ist es, was es im Wesentlichen ist.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen: Eine der Implikationen dessen, was wir alle gesagt haben, ist, dass es wichtig ist - Sie haben heute die Grafik der Arbeitsproduktivität gezeigt.

Was wäre erforderlich, um diese Entwicklung umzukehren? Was wäre erforderlich, um die Arbeitsproduktivität in den europäischen Ländern, den westlichen Ländern im Allgemeinen, zu erhöhen?

Es bräuchte eine Art von Industriepolitik. Es wäre eine Reihe von Maßnahmen, die das genaue Gegenteil des Neoliberalismus sind, Geldpolitik, Steuerpolitik, Industriepolitik, alles das Gegenteil des Neoliberalismus.

Aber nach 40 Jahren Neoliberalismus ist es fraglich, ob diese Länder jemals in der Lage sein werden, eine ernsthafte Industriepolitik zu betreiben.

Die Struktur dieser Gesellschaften, das Verhältnis zwischen den Staaten und den kapitalistischen Klassen hat sich in einem solchen Ausmaß verändert.

Ich beobachte daher, dass sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa die Industriepolitik zunehmend wieder zum Thema wird. Alle sagen, wir brauchen eine Industriepolitik.

Aber wenn man genau hinschaut, wenn man zwischen den Zeilen liest, dann ist das, was als Industriepolitik durchgeht, im Grunde genommen eine Politik des Neoliberalismus, d. h., es werden immer mehr Subventionen für große Unternehmen gewährt.

Die Deutschen diskutieren also unter dem Deckmantel der Industriepolitik im Wesentlichen darüber, ob sie IBM oder einigen deutschen Herstellern Subventionen geben sollen oder was auch immer. Aber das ist alles, was es ist.

Und das ist keine Industriepolitik. Es ist einfach die Fortsetzung des Neoliberalismus.

Und warum? Weil es beim Neoliberalismus trotz des ganzen Geredes über freie Märkte und freien Handel immer nur darum ging, dass die Regierungen große Unternehmen begünstigen, indem sie ihnen alle möglichen Annehmlichkeiten gewähren: billige Kredite, Privatisierung von Vermögenswerten zu Schleuderpreisen, damit diese Unternehmen immer größer werden, Subventionen im Namen von Forschung und Entwicklung und natürlich die Bereitstellung aller möglichen anderen Dienstleistungen.

Es sieht also wirklich so aus, als ob der Weg aus all dem für Europa sehr schwierig sein wird, auch wenn es Kräfte gibt, die entschlossen sind, dies zu versuchen.

MICHAEL HUDSON: Was Sie als Neoliberalismus beschrieben haben, ist genau das, was Mick eine Rentierpolitik genannt hat. Und eine Rentier-Politik gibt vor, Wirtschaftswachstum zu sein, aber in Wirklichkeit ist sie eine Kopfsache.

RADHIKA DESAI: Auf jeden Fall. Damit beenden wir diese neunte Geopolitische Wirtschaftsstunde. Und bis zum nächsten Mal. Wir werden diese Diskussion dann fortsetzen. Auf Wiedersehen.

Schulden, die nicht bezahlt werden können, werden nicht bezahlt werden.

Creative Commons Lizenz

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 3.0 United States License.

+++

michael-hudson.com

Neo-Liberal Machine Corners Ukraine, EU | Michael Hudson

By Michael
46–59 Minuten



“Ukraine’s neoliberalism on steroids, Europe’s economic suicide,” Geopolitical Hour 9, May 15, 2023.

<https://www.youtube.com/watch?v=6bF3QkHIB7I>

RADHIKA DESAI: Hello everyone and welcome to this ninth Geopolitical Economy Hour, the fortnightly show on the political and geopolitical economy of our times. I’m Radhika Desai.

MICHAEL HUDSON: And I’m Michael Hudson.

RADHIKA DESAI: And today we have a special guest, Professor Mick Dunford. Mick is Professor Emeritus at Sussex University and a visiting scholar at the Chinese Academy of Sciences and his work focuses on world development, especially of Eurasia and China.

Mick is going to help us discuss the political and geopolitical economy today of the Ukraine conflict. The conflict is dragging on. The much anticipated spring offensive has started and is sputtering.

Western propaganda is beginning to portray what we know is in many cases a bloodbath for Ukraine as a triumph. President Zelensky is jetting around European capitals, eliciting very uncertain promises of help.

Western powers are filling Ukraine with what somebody recently called a zoo of incompatible weapons and weapon systems of different vintages.

The EU continues imposing ever newer sets of sanctions while President Biden continues to proclaim his support for Ukraine's cause as long as it takes to regain its 1991 borders, which of course includes Crimea.

So all of this is going on. We know there is much that is puzzling about the conflict.

And today what we want to do is follow the money on the conflict. Wars are not just fought with arms, strategies and tactics. Armies march, as they say, on their bellies.

So what is the political and geopolitical economy of this conflict?

While the mainstream press makes it sound as if the West is involved in the conflict entirely altruistically, standing up for Western values and democracy, even as it supports, by the way, an ever-more fascist government in Kiev, a few critical sources do focus on the profits that are being made by arms production.

But what we think we will be able to show in the course of this hour is that, in fact, the underlying political economy and geopolitical economy is far more complex.

So what we've decided to do is organize the conversation by country and region.

So we will first discuss the points relating to Ukraine. Then we'll come to Russia. Then we'll come to Europe. Then we'll go to the US. Then we'll discuss China and then the rest of the world.

So that's roughly how we want to do it.

And so beginning with Ukraine, what I find really remarkable about the whole sort of economic situation in Ukraine is that normally when a country is at war, you'd expect that the country pulls together, the government creates policies that are egalitarian.

You know, in the course of the conflict in the Second World War in Britain, there was talk of fair shares and equal sacrifices.

But what you find in Ukraine now is absolutely the opposite. What you are looking at in Ukraine is what we may call neoliberalism on steroids.

The Zelensky government, even as it is conducting a war, which is very often a kind of “show war” anyway, but it is supposedly at war, it is fighting a great enemy.

Meanwhile, the government is implementing exceedingly anti-labor legislation. It has banned the opposition that will try to resist that. And it is privatizing all sorts of state assets in order to finance the war.

So you’re essentially selling off the family silver in order to pay for an ongoing expense.

And what’s more, the privatizations include the very, very fertile land of Ukraine. And it is not being privatized to ordinary farmers or anything. On the contrary, the land is being sold off to large agribusiness.

So every time you hear about, you know, how urgent it is that Ukrainian grain has to get out to world markets, it’s not the interest of ordinary farmers that are being protected, Ukrainian farmers. On the contrary, these big agribusinesses must get their products out for sale. So this is what’s going on.

And in many other ways as well, private enterprise is deeply involved. Every time there is a loan being given to Ukraine, private sector operators, big financial institutions are involved. And of course, the IMF has is funneling money to Ukraine in various ways and so on.

Don’t you think, Michael, isn’t that really quite an exceptional state of things for a country at war?

MICHAEL HUDSON: Well, it certainly is.

And in the press discussion every day, it’s obviously about the military, but the military discussion about whether there’s going to be a counterattack by Ukraine, the military situation is, all what they’re really talking about is, Ukraine has to make some victory so that it can now negotiate peace with the Russians and install exactly the neoliberal policy that you’ve described. There’s no way in which that can happen.

I think we should say at the beginning what the other side has to say. And I think Russia’s foreign secretary Lavrov made it clear on May 4th.

[Lavrov] said, ““Everyone understands the geopolitical nature of what is happening, and everyone understands that without resolving the main geopolitical problem, which is the desire of the West to maintain its hegemony and dictate to everyone and all its will, it is impossible to solve any crises either in Ukraine or in other parts of the world.”

So you can see right now how the U.S. has been preparing for that. Every day, certainly in the New York Times and the Washington Post, there is a list of all

of the war crimes that Russia has been allegedly committing in Ukraine, beginning with faked-up massacres, the Bakhmut massacre, and all of the attacks.

So the U.S. is accumulating a bill that now the New York Times says is \$2 trillion that Ukraine will have to pay the West in order to become solvent once the fighting is over.

And the U.S. says, — Well, we're already preparing a war crimes trial in the International Criminal Court against Russia for what this is going to be, a list of damages to charge Russia so that Ukraine can begin to pay.

But of course, the war crimes trial is going to take years and years. And in the meantime, Ukraine is going to have to sell off exactly all of its assets that you have mentioned.

It'll have to sell off its agriculture to Monsanto. It'll sell off its gas rights to Chevron. The U.S. has hired BlackRock, the Wall Street firm, to make a repertory of all of the assets Ukraine has and how they will be sold to U.S. buyers.

Well, the whole question is, what will happen? Will that really be sold off?

Well, how can it be sold off if the sellers are a government that was installed by a coup d'état, a government which actually itself has become a terrorist government, and the money that is received for these special privileges are actually turned over to the kleptocrats and to the government officials to put in their own accounts, and much of it has actually been recycled into campaigns for the U.S. Congress, the U.S. senators and U.S. politicians.

And that is sort of a key economic aspect of this that hasn't been discussed apart from Hunter Biden's laptop, where he promised to pay Hunter Biden and the big man, presumably the father, to act as lobbyists for Ukraine.

And we know that much of the money that has been donated to Ukraine has been paid by Ukraine on public relations agencies and lobbyists to pay senators and representatives.

But also, when you have BlackRock in charge of neoliberalizing and carving up the Ukrainian economy, the senators and congressmen can expect campaign contributions not only from Ukraine but from BlackRock, from Chevron, from all of the other companies that are able to buy a killing there.

Well, what is the response?

And I think what I want to point out is that Russia obviously needs its own criminal court.

It needs a shadow court to say, — Yes, of course there has been the aggressor must pay reparations. The aggressor in this case is the U.S. and NATO. We are owed money. We're not the payees.

— And these assets in Ukraine, especially in the Russian part that are now part of Russia, are not Ukraine's to sell. They are Russian assets. And we are not going to sell them to the West, and we are not going to install a neoliberal program that is being proposed by the West.

So there's obviously going to be a standoff for a number of years.

That standoff will have to go beyond just an international criminal court by the global majority, but a whole set of counter-institutions to counter, for instance, the IMF, which is lending money to Ukraine in violation of its articles of agreement, lending to a country at war, lending to a government that is anything but democratic to fight the war.

So I think we may have a little back and forth here before we finish Ukraine, but to get into this, the fact that the economic solution can only be settled on the battlefield. Everybody agrees with that.

The U.S. is expecting Ukraine to win enough on the battlefield so that they can say, let's stop and talk.

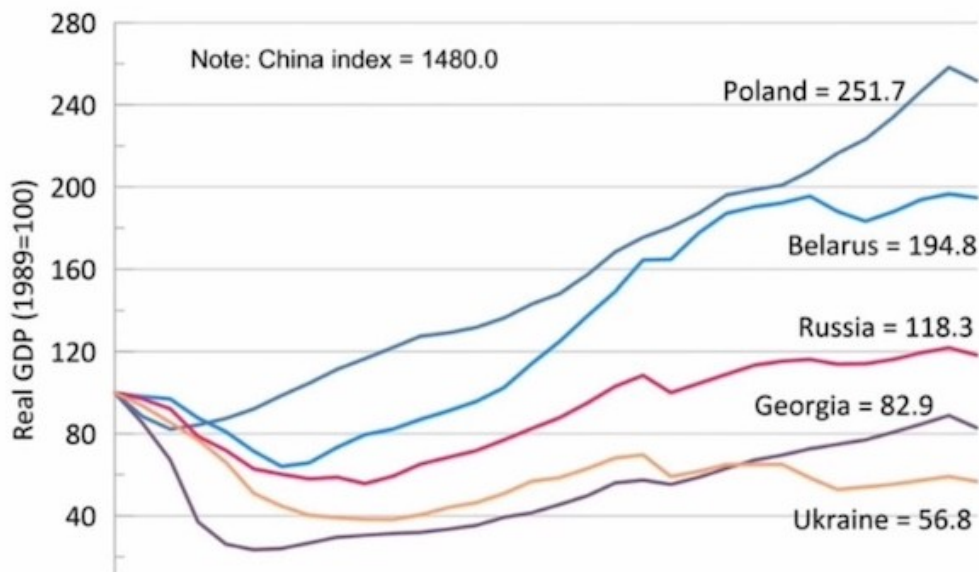
And Russia has made it very clear, we're not going to stop and talk. We are going to continue to put our national security demands up front, and this is not something that's going to end this year or next year or even the year after.

RADHIKA DESAI: Mick, please go ahead.

MICK DUNFORD: Okay. I just want to pick up on what Michael said about the way in which neoliberalism is seen as the way forward from this point in time.

And I want to do that by talking about the way in which neoliberalism, the way in which a particular path to transition, the way in which a country in which ethnic nationalists came to power through a series of successive color revolutions, laid the foundations, many of the foundations for the current crisis.

I'd like Paul to show a slide, if he would.



It's very interesting, you know, that in 1991, the Ukrainian ethnic nationalists, of whom Gorbachev had actually warned Bush, envisaged that Ukraine would very quickly become another France.

In fact, what happened was that Ukraine, in a sense, actually went backwards. In 1989 to 1991, there were a series of transformations in Europe in which many of the communist countries in Europe collapsed and undertook transitions to capitalism.

And in 1989, there was an attempted color revolution, which failed in China.

This chart simply depicts the growth of GDP in a number of these transition countries from 1989. 1989 is equal to 100.

Of the East European countries, the one that did best was Poland. It reached, by 2019, an index of 251.7. But Poland received huge sums of cohesion fund support from the European Union.

Of these countries, the one that did second best was actually Belarus, which did not adopt a neoliberal path.

If however, you look at Ukraine, you find that it, in 2019, right before the major impact of the current conflict, but obviously reflecting in part the conflict that started in 2014, stood at just 56.8. 56% of where it was in 1989.

That represents a catastrophic economic collapse as a result of the path of transition that was adopted in that country.

If one looks at China, I record the Chinese index. The Chinese index, starting at 100 in 1989, in 2019 was 1,480.

I want you to just think about those two numbers. You can compare Poland, 251.7, Ukraine, 56.8, China, 1,480.

So in a sense, this particular neoliberal path led to an economic catastrophe.

It also led to a demographic catastrophe because the country had 51.3 million people in 1989, 1993. It had dropped to about 41 million by 2014. Today it is probably about 31 million.

About 5.5 million refugees are in China, another 4.5 million in the European Union.

Its population has collapsed because deaths exceed births. So it has very little prospect of seeing sustained population growth in the years to come.

So in a sense, I just wanted to document these economic and demographic aspects of a catastrophe that has led to this tragedy.

RADHIKA DESAI: That really is very important.

What we are seeing now in the context of the war is that these policies are actually being further enhanced, including by the fact that the Zelensky government has used the excuse of the war to ban all opposition, which means that the opposition to these policies cannot be voiced, essentially.

And of course, what you are also saying about the demographic collapse, both before and then during the war, with so many refugees in Russia and elsewhere, I think it also shows that, the irony of the fact is that everyone who says stand up for Ukraine and we are going to defend Ukraine is actually contributing to the systematic destruction of Ukraine.

This is one of the ironies of the present situation.

Another thing about the sort of political economy of all this that really strikes me as extremely, I mean, scandalously hypocritical, shockingly hypocritical, is that all the arms that are being sent, especially by the United States, but also by other countries, they are always portrayed as, we are giving Ukraine arms.

None of these arms are being given. The United States and other countries are selling these arms. And if Ukraine cannot pay, as it indeed cannot, they are running up a tab.

At the end of this war, whatever entity that survives to which the name Ukraine can be stuck will be saddled with this bill.

And I don't think all the money that they will confiscate from this Russian oligarch or that Russian oligarch, Central Bank reserves and whatnot, will come anywhere near to paying for this.

And so essentially, whoever are the people who remain in Ukraine, will be working very hard to pay off this debt.

And again, it is a debt, remember, that has been incurred for a completely illegitimate purpose.

Ukraine was not very prosperous, but it would have retained what little 56.8% of its 1989 prosperity. It would have retained that substantially and maybe even done better had they signed the Minsk agreements.

But the West, by egging Ukraine on not to sign the Minsk agreements, has essentially created this situation.

And what's more, Western corporations, financial, agribusiness and all sorts are basically already profiting from it.

They were profiting, as Mick, you pointed out, already before this conflict began, through all the color revolutions and the implementation of neoliberal policies and so on, which goes back certainly to 2014 and much earlier than that as well.

But also in the context of the present war, while the war is going on, while the country is at war, Western corporations are benefiting by buying up productive assets and essentially exploiting Ukrainian labor essentially with a labor legislation that is totally loaded in favor of big corporations.

MICHAEL HUDSON: Well, the question is, what is Ukraine going to be for all of this?

When you talk about the neoliberalism, there's no way that this neoliberal program can be applied to Donetsk or to Luhansk or to Odessa, if that's taken over.

So what we're talking about is a kind of rough state of Ukraine in which it's possible even Luhansk may be turned over to Poland. It's going to be carved up.

So the argument is going to be: How is Ukraine going to pay these debts?

And certainly any agreements that the proxy government has made and any debts that they've run into can be repudiated on the grounds of odious debts.

Now obviously if the United States imposes a puppet government, a client oligarchy, they're not going to raise the issue of odious debts.

As you just pointed out, the political system is such that labor has no representation there.

So you would have a Ukraine that's lost half of its population that's living abroad now and there's nothing to go back to for it.

And much of the population is in the Russian speakers. So there's going to be literally something that is not really a country.

You can think of it as an economic entity that somehow controls the raw materials we've mentioned, the land that's not poisoned by uranium bullets and made radioactive.

You're talking about a kind of, not really a country. Even the definition of how to put in the new laws is going to have to await a settlement of the political boundaries that I don't see happening within the foreseeable future.

RADHIKA DESAI: So absolutely. I mean, basically what we are all ending up saying is that the war has simply been the occasion for further acceleration of neoliberal transformation of Ukraine, that's what the West is getting.

Meanwhile, of course, ordinary Ukrainians, many of them may be even quite idealistic, are being signed up to go and fight and die for a cause which is not even the cause of their liberation, but a cause of the destruction of their country.

I mean, this is the horrific situation in Ukraine. Maybe if we are done with Ukraine, we can, Mick, did you want to add anything more about Ukraine?

MICK DUNFORD: I mean, no, the only thing I would have added is that, I mean, if you look at Mariupol, I mean, there's already quite a significant process of reconstruction of housing, with people being provided with new accommodation.

There've been quite major investments in transport infrastructure. There've been attempts to address the problems of water supply of the Crimea.

So I suspect that those parts of Ukraine that have become parts of the Russian Federation may well see very substantial public investment in order to try to, well, so much has been destroyed, to actually restore the infrastructure and to start to reestablish public services and maybe to get some of these economic activities working again to provide people with livelihoods.

But obviously that will involve massive financial investments and very careful planning.

RADHIKA DESAI: Absolutely, and that's a good segue into our next topic, which is Russia. So, I would say, what are the most general things you can say about the situation in Russia?

Well, recall that when the conflict began, President Biden claimed that he was going to impose such sanctions that were going to, what was, how did he put it? That we were going to reduce the ruble to rubble and that we were going to set back the Russian economy, massively destroy the Russian economy.

Instead, what we've seen is that the Russian economy has actually proved very resilient. And in fact, in many ways, the sanctions have been boomeranging, causing more harm to the imposers of the sanctions, whether it's the European Union or the US itself, particularly the dollar system and so on, instead of hurting Russia.

So Russia has proved resilient against sanctions.

And this story itself also goes back to 2014, because in 2014, as people may recall, a first batch of sanctions were imposed on Russia.

And in response to those sanctions, the Russian government did undertake a number of initiatives to essentially sanction-proof its economy.

And one of the big success stories of that sanction-proofing was in fact, the Russian agricultural sector, which in fact has been, has proven to be a success story.

And Russia is today a major exporter, not only of grain and food products and so on, but it also exports fertilizers, as we saw in an earlier phase of the conflict, when there was a great deal of concern about the disruption of supplies of fertilizer from Russia.

And Russia has also, over the last year or so, demonstrated a capacity for keeping up production.

One of the other things that occurs to me is that, in the West, with all the weapons being supplied and sold to Ukraine, the stockpiles have been depleted, whereas Russia has demonstrated a capacity to continue manufacturing weapons and essentially to win wars in Russia.

So in that sense, and last point I'd like to make is that all of this has been done in a context where, although the government has stepped up its level of state intervention in order to create a more productive economy, become more of a developmental state, there are many in Russia who argue that not enough has been done on this front and more can be done.

The central banks policies, the Russian central banks policies could be more anti-neoliberal than they are.

The government could also essentially mobilize the economy on a war footing.

And actually, instead of how, for Russia, the IMF predicted that the Russian economy would be set back by about 12 to 14%. And in the end, in 2022, it was set back by a mere 2%.

But many people would argue, Sergei Glazyev is one of them, who says, actually, if you mobilize the economy, you would not only not have a setback

of a mere 2%, which is certainly something to celebrate, but actually have a Russian economic boom, which could still be possible.

MICHAEL HUDSON: Well, what Russia wants to do is to turn what is going to be a victory militarily in Ukraine into an overall new economic order. That's what both Putin and Lavrov have talked about.

And they've also pointed out that economic and political resolutions of the Ukraine conflict go together.

So, Russia at the very outset is going to ask Ukraine and the United States to admit that the fake massacre in Bucha and other accusations of war crimes were faked.

And Russia is going to, I would hope, make its own list of Ukrainian, American, and British war crimes against Ukraine, including now-depleted uranium, and present its own bill for money that is owed, which probably will be much more.

There will be a whole argument about who started the war.

Did the war start in 2014 with the coup d'état?

Or did it start with the buildup of Ukrainian [forces] to attack Luhansk and Donetsk just before February of last year?

Or did it just start with Russia coming in as every American official document says, unprovoked?

Well, the war crimes trial is going to be run by the Russians, probably with other Global South, world majority countries, China and others.

And the objective is going to be to restructure not only NATO-Ukraine, but NATO-China and US relations with the global majority altogether.

And what Russia realizes is that whatever comes out of this, whatever peace agreement is negotiated can only be established on the battlefield. That's why Russia cannot afford to lose the war.

And why in the New York Times, Mr. Friedman comes out and says, Russia has now expanded right to the tip of NATO. It's Russia that's expanding to NATO instead of NATO expanding out to Russia.

So I think what Russia is going to come out with is its own Monroe Doctrine.

And it's going to say, keep out of the Black Sea and keep also out of the Northern Pacific.

It can coordinate this with China, keeping foreign ships out of the China Straits. The Ukraine war is going to set a whole model for what's happening in Taiwan, in China, and all over the world, far outside of Ukraine.

And the United States essentially has seized the holdings of Russian oligarchs. And we've talked about seizing Russia's reserves.

And these holdings of Russian oligarchs were used to buy the privatized Ukrainian companies for US and foreign borrowers.

So Russia can economically respond by nullifying all foreign holdings of Russian stocks that are held by US holders and NATO holders.

Say, — Wait a minute, you've not only stolen from Ukraine, you've stolen in Russia. Let's have a global settlement of all this.

— You did to Russia first what you did to Ukraine. We're going to cancel all stocks and bonds owed to US and NATO holders. Simply nullify them to reverse the sell-off of the Russian industry.

And that could be a model for the same thing to be done to Ukraine in calculating the damages and reparations that America, Britain, and Germany owe to Ukraine.

RADHIKA DESAI: Mick, please go ahead.

MICK DUNFORD: Yes, I mean, Michael spoke about a new economic order.

I think it's quite interesting to ask why, when from the 1990s, Russia put forward proposals for economic integration of Eurasia from Lisbon to Vladivostok, when it spoke about indivisible security, when it expected that the verbal and written commitments made to Gorbachev concerning the non-expansion of NATO would be respected, and we now learn from Jeffrey Sachs that NATO started to plan the inclusion, even of Ukraine in 1991, 1992, which is astonishing.

But in a sense, these constructive proposals were repudiated by the United States and also by the European Union. An important question one needs to ask is why.

I mean, obviously there are many reasons and there are complicated explanations, but clearly what this conflict has done is, it's disrupted the Belts and Road Initiative, it's divided Russia and Germany.

It obviously is presumably intended to prevent the emergence of a significant Eurasian land power that could challenge the leadership of the United States.

In the case of the EU, the EU is only interested in economic integration on its terms, which means, which it says respect its values, but what it means by its values are a political order in which it's easy to interfere externally, and an economic order in which all resources are essentially available to sale to

everyone and anyone, which tends to deny less-developed parts of the world the prospects of engaging in a form of catch-up development.

I think it's in the light of that bitter experience that Russia's formulated a new foreign policy, and that new foreign policy is extremely interesting because it involves on the one hand, a reorientation of Russia towards the East, the establishment of closer relationships with East Asia, with Southeast Asia, with India.

But it also involves the redefinition of Russia as a "civilization state".

I mean, for a long time, since Peter the Great, Russia in a sense modeled itself on the West, and I think it's the malfeasance of the West has actually persuaded it that there has to be another way forward.

And in a sense, this notion of a civilization state is a notion that's also used in relation to China, you could use it in relation to India, in relation to the countries of the Islamic world.

And the thing that's quite interesting about it is if you actually say, look, you look at East Asia, until 1894, East Asia was at peace for 300 years.

If you just look at China, it was at peace for 500 years. These countries did not engage in forms of external expansion and colonialism.

So in a sense, there's a profound difference in the kind of civilization or values of these East Asian civilizations and Western civilization in which capitalism emerged, imperialism and colonialism.

And in a sense, that's associated with a radically different conception of the international order that I think Russia has now come to in its close relationship with China, and especially in terms of the way in which it's defined its new foreign policy.

And that, in a sense, is a hope that we might all, in the years ahead, come to live in a more peaceful world in which we're not constantly faced with a succession of wars as we have been basically in the last 500 years, since the rise of Western colonialism and imperialism.

RADHIKA DESAI: No, that's exactly the word. The word you ended with is exactly what I was going to talk about, because it is about imperialism.

You said Jeffrey Sachs noted that the Americans were planning as early as 1990, 1991 to integrate Ukraine into NATO, et cetera.

The reason for that is that essentially what has ruled the world, what has determined how the different parts of the world relate to each other for the last couple of hundred years has been Western imperialism.

Why do we have Western imperialism? Because of Western capitalism.

What is the purpose of Western imperialism?

To constantly open up more and more parts of the world so that Western corporations based in the West could have access to markets, to investment opportunities and profit opportunities and cheap labor and cheap materials.

Russia has always been seen as a big prize for the West.

Essentially, the Anglo-American interest, so to speak, the so-called liberal and the most aggressively imperialist interest of the West has always looked upon Russia as being too big and therefore something that should be broken down.

And this is also important.

It's also important to talk about this because Western imperialism is often ignored while the Russian empire or the Chinese empire, and we are always being told that these countries are being imperialist.

But as you rightly pointed out, these civilizations have lived peacefully and they have been used to living peacefully for centuries.

Whereas what you have seen with the onset of Western capitalism is nothing but endless war. And the purpose of these wars is exactly this.

So I think that, and I also like to make one, I mean, I completely agree with you that, of course, since Peter the Great and Catherine the Great, Russia did look to the West.

But the purpose of looking to the West was not in fact to model itself on the West, but rather to essentially partner with the West to create Russian prosperity.

But because the West is imperialist, it is precisely this prosperity that was not possible in close relation with the West.

That is why the pinnacle of Russian productive achievement was under the Soviet Union when it was not in fact connected with the West.

So in that sense, I would say that what Russia has realized now, and this was very clear in my last visit to Russia, two quick reminiscences.

Number one, we attended a major economic conference and even like two or three years ago, that conference would have been dominated by neoliberal intellectuals.

This time around, the overwhelming majority of the speakers were decidedly anti-neoliberal.

There were a couple of neoliberals, but they were sort of one or two in a sea of general consensus about creating a developmental state in Russia, having closer relations with China, and moving away from the West.

So that's number one.

Number two, another conference I attended, began by the chair.

Again, this took place in the home of neoliberalism in Russia which is the Higher School of Economics, which was set up after 1991 precisely to be a sort of beehive for neoliberal thinking.

This is where the session began by the chair, essentially the first speaker, essentially saying that when this war ends, Russia will no longer turn to the West.

That chapter is finished. Russia is looking to the East.

And the session ended with the chair saying, the fact of the matter is, Russia does not want to become closer to the West. The West is boring. The East is where everything is happening.

So in that sense, yes, the Washington consensus has now been universally rejected and the longstanding question of whether Russia is European or Eurasian has been decisively settled.

So in this sense, I would say that there are many trends essentially moving in an anti-neoliberal direction.

There is room for more and I think Russia can come out of this as a much more productive society, provided it manages to not just build resilience against sanctions, but actually learn how a mixed —

The graph showed that in the period since 1989, China has essentially increased its GDP by almost 15 times. Other countries like Russia can do it too. Russia has a lot of potential, but it needs to have the right policies.

And I think this is the direction in which the present situation is pushing Russia. And of course, as both of you pointed out, this is creating a, we sometimes call it a multipolar world.

It's certainly dividing the world away from the West and creating new relationships between countries, particularly the closeness between Russia and China is very important here.

MICHAEL HUDSON: Well, the Ukrainian and Russian situation in many ways has inverted the whole traditional drive of imperialism.

You and I have spoken for decades about imperialism being economic.

And even when Karl Marx talked about British expansion into India, he gave a speech before the chartists saying, — Well, at least English imperialism is going to break down the backwardness of India and other countries. And it's going to introduce capitalism. And that'll be the first step toward socialism in these countries.

This is not what is occurring in Ukraine or in the neoliberal breakup of Russia.

And in fact, you can look at Ukraine and Russia in the last 30 years and say, the whole geopolitical theory of economic priority, the idea that economics drives politics, doesn't seem to be the case today.

Neither industry nor labor is benefiting.

You're seeing Germany already agreeing to subsidize the high gas and oil prices to support buying its liquid natural gas from the United States. It's six times the price that Russia was charging. That's not economic.

You have German industry unable to stop the dismantling of German industry by dismantling the energy trade and the food trade with Russia that was what gave German industry its competitive advantage. That's now gone. And that's irreversible.

Not because of anything that President Putin is saying, we're turning eastward. But because the US demands to turn Europe into client oligarchies, it has made it irreversible.

If the German government supports industry by saying, — Okay, we're going to give money to the industry so it can depend entirely on the United States for materials we used to import from Russia, then, given the fact that we have to balance our budget according to the EU rules, we're going to have to cut back social spending.

— Especially now that we have to vastly increase our arms spending to replace all of the old obsolete arms that we've sent to Ukraine with brand-new U.S. arms, there really isn't going to be any opportunity for a social democratic economic program in Germany.

Well, it's hard to say how economic self-interest justifies this inversion, this reversal of European policy, because it's led to America's destruction of German industry. And not only that, but by destroying German industry, you've destroyed the demand for skilled labor.

Are we going to see German labor emigrating just like it has from the Baltic states, a 20 percent loss in population from Latvia, Estonia, and Lithuania?

But there's another thing that also Europe has lost by this. And when Russia and China are turning away from Europe, they're not turning away from the

Europe that was going social democratic, from the Europe that actually held out ideals in times past, but from the fact that Europe is no longer social democratic.

It's lost its former socialist labor policy. Germany's Linke Party has broken up over the Ukraine war, and the United States political meddling has turned Europe's social democratic and labor parties into neoliberal proxies, the Tony Blairism of German politics and French politics and all over Europe.

So the result is that not only a client political oligarchy, but also a client political labor force. There's no labor movement in Europe to oppose what's happening here.

What if economics governed European policy? Well, after 1991, Europe hoped at least to gain economic dominance over Central Europe, Russia, and, as you pointed out, Ukraine. But now it's losing Eurasia.

Annalena Baerbock says that any kind of trade is a risk. And if you trade with Russia or China, she said, then you're taking the risk that they can do to Europe what America does to the rest of the world.

They can cut you off with sanctions and disrupt your economy by refusing to export to you. And Europe can only be safe if it doesn't export, import anything that it needs from China or Russia or the rest of the global majority.

Only the United States can be depended upon to help Europe develop, just as it helped Germany develop by blowing up the Nord Stream pipelines and restructuring its energy trade.

So this is the craziness of what Germany's foreign minister herself is saying.

I don't know how you can ever say that this is an economic explanation of things. The fact is, it's ethnic and racist hatred of Russia. It's Nazism. It's not social democracy.

Europe has now embraced Nazism, and I think this is best symbolized over the weekend by the Zelenskys meeting with the Pope wearing two [Nazi symbols on his shirt](#), just to make it very clear, hey, maybe we can reestablish the papal Nazi pact of the 1930s and the red line and everything.

So Europe has lost its profitable investment future with Russia, and now it seems China too, and it's completely tied itself to the United States.

How do you explain that economically in terms of self-interest? You can't.

RADHIKA DESAI: Mick, we're still discussing Russia, right?

MICHAEL HUDSON: Well, it's Europe too.

MICK DUNFORD: I started to talk about Europe. Can you show the second slide? I'll make a comment.



Michael just talked about the way in which some of the decisions, the extraordinary decisions made by the political leaders of European countries, and the ways in which the complete absence, it seems, of any strategic autonomy in Europe has led to actions that make a bad situation worse.

They make a bad situation worse in the sense that they've disrupted relationships with Russia, especially energy relationships, food relationships, and also de-risking generates serious risks where Europe is very, very dependent upon a whole range of intermediate goods that are actually produced in China and supplied to European industry by China.

European industries, and indeed all the G7 industries, face serious challenges in any case which are to some extent linked to the fact that after the economic crisis in the 1970s, neoliberalism was in a sense adopted as a solution.

It was adopted as a solution in the sense when you saw this offshoring of industry, you did indeed see increases in the profitability of companies that offshored.

But if you actually look at the productivity growth of the G7 countries, this is the average productivity growth, labor productivity, hourly productivity, you can see that it has basically steadily declined.

So in a sense, the economic performance of the G7, which includes a number of major European countries and of course the United States, Canada, and so on, has progressively declined.

And it's declined because of a decline in productive investment, which partly reflects profitability considerations and the relative profitability of investments in financial activities and a whole series of speculative activities linked to real estate and to stock markets and so on.

So the first challenge that Europe already faces is in a sense the challenge of overcoming that relative decline in productivity.

But in seeking to confront that challenge by acting in the way in which it has in the last few years and in a sense becoming a kind of part of the world that is almost completely dominated by the United States and by its interests, Europe has done itself considerable damage.

I think the other thing that's very striking about what is happening as far as Europe is concerned is that because of the way in which the world order is changing, the kind of resources available for the former colonial powers are more diminished.

So in that situation, the United States is seeking to seize a much larger share of these resources for itself by requiring Europe, for example, to purchase expensive US energy rather than Russian energy through new measures which are designed to perhaps encourage the relocation of European industries in the United States.

So in a sense, what you see is a kind of inter-imperial rivalry between Europe and the United States, with the United States exploiting its dominant position in order to secure a greater volume of resources for itself.

RADHIKA DESAI: Absolutely, Mick.

You use the term inter-imperial rivalry, but I would say that essentially going back to even the 19th century and certainly in the 20th century, the United States has always wanted to essentially contain or roll back European imperialisms in order to open up the world economy to itself.

That has always been its goal. It's continuing to attempt this, even though, of course, it is farther away from realization than ever before. The rest of the world economy is turning away from it.

We're basically now on to discussing Europe. And I want to say a couple of things about that.

But I did want to say one final thing about Russia before we leave that topic entirely.

And that is that, basically what is happening now can be explained by what happened to post-communist Russia.

Essentially Russia was plunged into economic chaos and retardation in the 1990s under shock therapy. And in the 2000s, under Putin's leadership, you know, Putin managed to stabilize Russia to a considerable extent.

But already then it was very clear that if the West had its way, this is what would happen to Russia, what happened to Russia in the 1990s.

And in the course of the period over the next two decades, what the Putin government tried to do is to try to say to the West that, — Look, we would like to have good relations with you, but not on those terms. You have to accept our own interests and naturally economic interests, security interests and so on.

And that possibility of essentially trying to have a more balanced relationship with the West has been destroyed. The West has basically refused it. It has continued to expand NATO.

So now this decisive reorientation of Russia, the realization that the West no longer has anything to offer Russia that is valuable. This is, you know, this has that history.

Coming to Europe, to me, the headline in terms of discussing what's happening in Europe is, are they crazy?

Why are they undertaking such a suicidal policy where their industrial base is being destroyed, as Michael, you pointed out.

And also the industrial base is being destroyed now quite actively with the destruction of the Nord Stream pipeline, the cutting off of the most sensible source of energy for Europe, which is energy from Russia.

And then making moreover Europe reliant on energy from the United States, which not only is more expensive, so creating economic problems, but also setting Europe back from its climate goals because imported LNG, LNG shipped from the United States to Europe will have a carbon footprint which is 8 to 10 times higher than natural gas being supplied by pipeline from Russia.

So in all of these ways, the Europeans seem to be intent on a degree of self destruction that I think is amazing. And I still don't fully understand what animates it.

But I can certainly know two things. Number one, there is considerable public discontent.

And number two, there is also a presumed, I mean, I think there is a fair degree of discontent in the elite classes because the industrialists' interests are being destroyed as well.

So what is going to happen in Europe is an open question.

Certainly we can see the Europeans, they may have gone along with, or at least they may have appeared to go along with the United States with imposing sanctions and so on.

But if you look closely at the sanctions, they're also designed to minimize the impact on Europe.

And the fact of the matter is, Europe's reliance on Russian energy may have decreased, but Russian energy is still being pumped to Europe even as we speak.

But in terms of extending this hostility that is now being directed from Europe to Russia, we can see that the Europeans are certainly hesitating and looking at that. So there is that dimension.

We will have to see how long this unity that the West has proclaimed, the unity they have found over the conflict over Ukraine, how long it will last and how long it will be before the economic hurt that is being inflicted on Europe will essentially produce some kind of pushback.

MICHAEL HUDSON: Well, Radhika, you asked the question, are they crazy?

Well, in a way, yes, they are in the sense that you and I each have gone to the Rosa Luxemburg Foundation meetings in Berlin, and I've spent quite a bit of time in East Germany.

They were traumatized by the Soviet occupation there, so traumatized that it's almost an unthinking opposition to anything that Russia does.

And it's this anti-Russia feeling that America has been able to fan and encourage that has led the Germans to say, — Yes, we're willing to sacrifice our industry. We saw what happened under Russia. Now let's turn to the United States.

Not realizing that what the United States is doing is going to be equally bad as what happened in East Germany. They were tapping Angela Merkel's phones. There's still wiretapping.

My main source of Russian information is Johnson's Russia List.

Johnson just went to France and Germany to take a vacation two weeks ago and said that he was surprised to find that you can't get any access to RT or

Russian news on the internet. Everything's blocked. There's total thought control in Europe.

This again is a total inversion of everything that was supposed to be democratic. And this is pushed to the really insane point that when Baerbock says, — Anything we import from Russia or China can potentially be used for the military.

— If you import Russian food, that could be used to feed Russian soldiers to fight in Ukraine. And so that food is military. We can't rely on for national security purposes on that.

— We've got to follow the Dutch and not permit the exportation of ultraviolet scanning machinery to information technology chips. We've got to really break off all trade.

Well, as you know, when so much trade is already with Russia and China and Eurasia, having a sharp cutoff is going to mean a prolonged depression there.

And there's no indication that a European depression is going to lead to a left-wing solution.

If the U.S. has its way, it will lead to a 1930 Nazi-type solution, just as the United States has promoted in Ukraine and in the other countries that it's taken forward.

So Europe may end up looking like a Latin American dictatorship, like Chile under Pinochet.

MICK DUNFORD: One also needs to recognize that in some respects, the structure of the economies of Europe, you know, have some parallels with the structure of the economies of North America.

There are economies with very high GDPs, but actually their GDP enormously overstates their real wealth in many ways, in part because the GDP includes all sorts of imputations.

It includes a whole series of immaterial services, you know, that basically derive from intangible assets that are associated with what copyright, patent, trademarks, intellectual property rights and the control of supply chains.

So a significant amount of European wealth in a sense derives also from those sorts of sources.

This control over IP, for example, is associated with excessive markups, high service payments.

It prevents the diffusion of technologies, of products that could make considerable contributions to the improvement of human livelihoods throughout the world because they remain so expensive.

In fact, we know that what in a sense drives development is the rapid diffusion, adoption, repetition of investments. But this system, you know, prevents it.

But this system is one which generates large rents, you know, for economically advanced countries and associated with these rents are a lot of interests that are not connected with manufacturing industry and maybe that seem prepared to sacrifice it and to sacrifice the people who work in it in order to preserve some alternative kind of future.

To me, that world is scarcely viable outside of a kind of colonial and imperial world order.

And in that sense, I agree absolutely with what you're saying about the naivety and apparent stupidity, gross stupidity of many of the leaders of European countries.

RADHIKA DESAI: No, exactly. And you make a very important point, Mick.

The GDP of many Western countries, particularly the United States, is vastly exaggerated for the reasons you state. And also because finance in particular constitutes such a large part of this.

And essentially, what is finance? Finance is actually not production. Finance only involves the transfer of wealth from some to others.

So that in a certain sense, the very thing which is harming the US economy, which is creating inequality, is actually counted as economic wealth.

And of course, the making of financial profits only benefits a small number of people to enjoy the labor of other people for next to nothing. I mean, that's essentially what it is.

I also want to say one other thing, which is, obviously, one of the implications of what all of us have been saying is that it is important — today, you showed the labor productivity graph.

What would be required to turn that around? What would be required to increase labor productivity in European countries, Western countries more generally?

It would be some kind of industrial policy. It would be a set of policies which are totally the opposite of neoliberalism, monetary policies, fiscal policies, industrial policies, everything the opposite of neoliberalism.

But after 40 years of applying neoliberalism, it is a moot question whether these countries are ever going to be in a position to be able to implement serious industrial policy.

The very structure of these societies, the relationship between states and capitalist classes has changed to such an extent.

So increasingly, I've been noting that both in the United States and in Europe, industrial policy is being revived as a topic of discussion. Everybody's saying we need industrial policy.

But if you look closely, if you read between the lines, what is passing for industrial policy is essentially a policy which is neoliberalism, which is to say, giving more and more subsidies to big corporations.

So the Germans under the rubric of industrial policy are essentially discussing whether they should give subsidies to IBM or to some German manufacturers or what have you. But that's all it is.

And that's not industrial policy. It's just the continuation of neoliberalism.

Why? Because neoliberalism, for all the talk of free markets and free trade, has ever been only about governments favoring big corporations by giving them all sorts of goodies, cheap credit, privatizing assets at fire sale prices so these companies get ever bigger, giving them subsidies in the name of R&D, and of course, providing all sorts of other services.

So really it seems as though the road out of all this for Europe is also going to be very difficult, even if there arise forces that are determined to seek to attempt that.

MICHAEL HUDSON: What you've described as neoliberalism is exactly what Mick has called a rentier policy. And a rentier policy pretends to be economic growth, but it's really overhead.

RADHIKA DESAI: Absolutely. So we will bring this ninth Geopolitical Economy Hour to an end. And see you next time. We will continue this discussion then. Bye-bye.